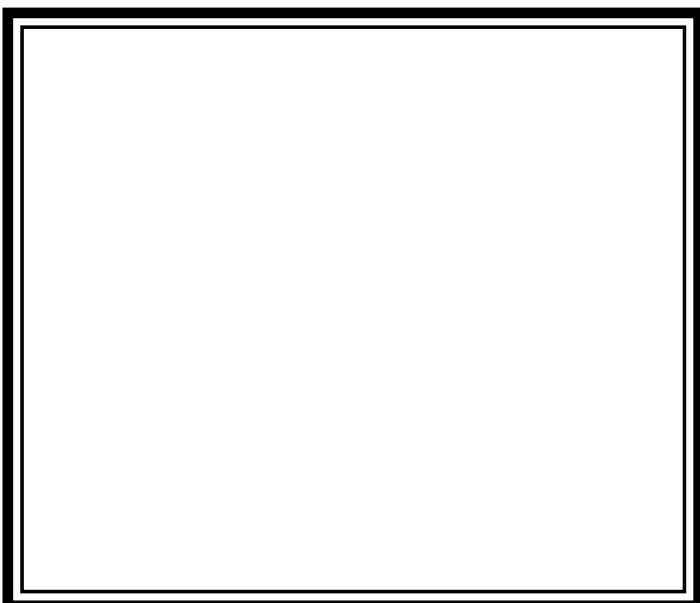


# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Wer mit bayerischer  
Kommunalpolitik  
und mit  
Wirtschafts- und  
Umweltfragen  
zu tun hat, braucht die

**Bayerische  
Gemeindezeitung**

als umfassende  
Informationsquelle  
für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578  
Verlag Bayer, Kommunalpresse GmbH,  
Postfach 825, 82533 Geretsried



## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Tag des offenen Denkmals: Jahresmotto „Farbe“	2
Kassenstatistik: Einnahmen steigen um zwei Prozent	2
<b>GZ-Kolumne Anne-Marie von Hassel:</b>	
Das Boot ist voll - wir bauen ein neues!	3
Kitas: Neue Konzepte und Kooperationen	3
Sorgen pflegender Angehöriger nicht länger ausblenden!	3
EMIR-Verordnung der Europäischen Union	3
1.000 Firmen: „Mein Papa liest vor!“	4
<b>GZ-Fachthema:</b>	
EDV · IT · Breitband	5-12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Tag des offenen Denkmals:

## Jahresmotto „Farbe“

Weit mehr als 7.500 historische Bauten, Parks und archäologische Stätten, davon mehr als 750 allein in Bayern, öffneten am Tag des offenen Denkmals in ganz Deutschland ihre Türen für Kultur- und Geschichtsfans. Viele Veranstalter griffen dabei das Jahresmotto „Farbe“ auf: Bei jedem Denkmal, bei jeder archäologischen Fundstelle, spielen Farben eine zentrale Rolle, prägen sie doch neben der Form unsere Wahrnehmung von Architektur und Bodendenkmälern ganz wesentlich.

Am Denkmaltag konnten die Besucher erfahren, wie Farben nach historischem Vorbild hergestellt und am Bau verwendet werden. Sie erlebten in kompetenten Führungen, wie die Wirkung von Farbe zu allen Zeiten von den Erbauern gezielt eingesetzt wurde, um unsere Sinnesindrücke zu prägen.

### Zahlreiche Besucher

In München hatten die Alte Münze, der Hauptsitz des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, und der Infopoint Museen & Schlösser in Bayern im Alten Hof geöffnet. Die Führungen in den Dachboden des Alten Hofes waren schon im Vorfeld ausgebucht, zahlreiche Besucher strömten in den Infopoint und die Ausstellung „Münchner Kaiserburg“.

In der Alten Münze wurden mit weit mehr als 2.000 Besuchern trotz des regnerischen Wetters alle Besucherrekorde gebrochen. Die Führungen zur Geschichte des Gebäudes und durch die Ausstellung „Großbaustelle 793 - Das Kanalprojekt Karls des Großen zwischen Rhein und Donau“ waren gut besucht, ebenso die Infostände im Innenhof und die Präsentation zur experimentellen Archäologie.

### Kostenlose Führungen

Auch die Bayerische Schloßserverwaltung beteiligte sich in diesem Jahr wieder mit vielfältigen Veranstaltungen in verschiedenen Häusern. Besucher in Linderhof konnten im Rahmen kostenloser Führungen den Schloss-

### Wir gratulieren

park sowie unter dem Motto „Ludwig II. und der Orient“ den Maurischen Kiosk und das Marokkanische Haus erkunden. Im Schloss Höchstädt fand eine Familienführung mit Bastelaktion zum Thema „Kinderliteratur – Geschichte(n) von Kindern, Geschichten für Kinder“ statt.

Im Künstlerhaus Gasteiger in Holzhausen am Ammersee wurden Führungen durch das Haus und den Garten sowie eine Veranstaltung für Kinder von 6 bis 10 Jahren mit dem Thema „Wasserwelten am Ammersee - Eintauchen in die Welt der Wassertiere mit Kescher und Mikroskop“ angeboten. Im Künstlerhaus Exter in Übersee-Feldwies hatten Interessierte bei freiem Eintritt die letzte Möglichkeit, die Ausstellung „Julius Exter (1863-1939) – Sommerimpressionen“ zu besuchen. Es wurden Führungen angeboten und auf Entdecker wartete ein Antik- und Trödelmarkt zu Gunsten des Exter-Hauses.

### 3.500 Jahre altes Grabhügelfeld

In Ingolstadt waren sowohl das Feldkirchner Tor im Neuen Schloss als auch das Georgianum in der Altstadt zu besichtigen. In Mühldorf am Inn hatte unter anderem die Turmbräuerei geöffnet. Bei Eichenhofen im Landkreis Erding bot der archäologische Verein Erding Führungen durch ein 3.500 Jahre altes Bronze- und eiszeitliches Grabhügelfeld an.

In Schrobenhausen waren mehrere Türme der Stadtmauer für Besichtigungen geöffnet, wie der Hartlturm, der Pflasterturm oder der Bürgerturm. In Fischbachau (Landkreis Miesbach) konnten Gäste einen der berühmtesten Bauernhöfe Altbayerns besichtigen - den Jodlerhof mit seiner Lüftelmalerei aus der Barockzeit. Der Jodlerhof wurde um 1790 errichtet. Das denkmalgeschützte Haus ist noch immer bewohnt und zugleich eine Touristenattraktion.

### Bunte Keramik

Dinkelsbühl wiederum wartete mit der Ausstellung „Als die Farbe nach Dinkelsbühl kam“ auf. Bilder von Malern von 1900 standen dabei Werke von Malern aus dem Jahr 2014 gegenüber. Im Nürnberger Archäologiedepot lockte „Bunte Keramik von Renaissance bis Barock“. Bei einem Rundgang durch das reichhaltig gefüllte Archäologiedepot konnte man dabei die schönsten, von Nürnberger Stadtarchäologen ausgegrabenen Scherben unterschiedlichen Alters bestaunen.

„Eckig, rund und bunt“ lautete der Titel des Kinder- und Familienprogramms zum Jahresmotto des Denkmaltages im Ingolstädter Museum für Konkrete Kunst. Und das Michaelauer „Deutsche Korbmuseum“ lockte mit einer Ausstellung mit 2.000 Exponaten aus aller Welt – und einer neuen Außenfassade, die für eine einheitliche Farbgebung sorgte.

Im Landkreis Bayreuth konnten zum einen das Schloss Fantaisie (Gartenkunstmuseum mit Park) in Eckersdorf sowie der Blaue Turm („Kunst- und Museum“) in Hollfeld besichtigt wer-

den. Schloss Fantaisie war von 1761 bis 1765 Sommersitz von Herzogin Friedrike, Markgräfin Wilhelmines Tochter. Umfassend wurde das Schloss von 1995 bis 1998 saniert, das Gartenkunstmuseum kam im Jahr 2000 dazu. Bei dem sogenannten Blauen Turm in Hollfeld handelt es sich um das ehemalige Gebäude der Brauerei Weiße Taube in der Eiergasse, die 1974 ihren Betrieb beendet hat. Hier hat der Goldkronacher Künstler Volker Wunderlich vor kurzem das Bildnis von Mona Lisa geschaffen. Das Ideenhaus wurde einst von Thomas Brix künstlerisch gestaltet. Es beinhaltet ein Künstlerzentrum mit Ideenhaus, Ausstellungen, Ateliers und eine Töpferei.

### Herzstück

Die bayernweite Eröffnung fand im ehemaligen Kloster Thierhaupten (Landkreis Augsburg) statt. 750 nach Christus wurde es durch Bayernherzog Tassilo III. gegründet; damit zählt es zu den ältesten Klöstern Bayerns. Heute ist dort unter anderem das Bayerische Bauarchiv mit seinen archäologischen Werkstätten untergebracht. Es ist ein Herzstück der Denkmalpflege im Freistaat und mit rund 5.000 Exponaten aus über 2.000 Jahren eine der größten Bauteilsammlungen Deutschlands.

„Denkmäler sind lebendige Zeugen der besonderen Geschichte unseres Landes“, betonte Kunstmaler Dr. Ludwig Spaenle in seiner Eröffnungsrede. Sie seien historische Konstanten in einer sich stetig wandelnden Welt. Denkmäler könnten in einem besonderen Maß Orientierung vermitteln. Die Denkmalpflege übernehme daher eine sehr wertvolle Aufgabe, indem sie dafür Sorge trägt, die Zeugnisse der Geschichte auch für künftige Generationen zu bewahren. Spaenle: „Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege ist uns dabei im Freistaat ein kompetenter Ratgeber – bei über 112.000 Bau- und Kunstdenkmälern und über 55.000 Bodendenkmälern. Denkmalpflege ist aber auch in vielen Fällen ohne das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Bürger nicht denkbar. Dieses Engagement gilt es an einem solchen Tag auch ganz besonders zu würdigen.“

### Großes Engagement

Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil, Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege erklärte: „Ich bin überzeugt davon, dass in Bayern das Bewusstsein für Denkmalpflege groß ist und zwar quer durch alle Regionen Bayerns. Das große Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger ist hierfür ein sehr gutes Beispiel!“ Bezirksstadtspräsident Jürgen Reichert (Bezirk Schwaben) hob hervor: „Denkmäler sind mit die wichtigsten Bausteine der kulturellen und historischen Identität eines Landes. Für den Bezirk Schwaben ist Denkmalpflege gelebte Heimatpflege.“

Für Toni Brugger, 1. Bürgermeister vom Markt Thierhaupten, ist das Bayerische Bauarchiv ein Glücksfall: „Ein besseres Nutzungskonzept für unser Kloster hätten wir uns nicht wünschen können! Für Bayern ist das Kloster heute ein Leuchtturmprojekt aufgrund seiner einzigartigen Sammlung.“

Der Tag des offenen Denkmals ist der deutsche Beitrag zu den European Heritage Days unter der Schirmherrschaft des Europarats. Alle 50 Länder der europäischen Kulturkonvention beteiligen sich im September und Oktober an diesem Kulturereignis. Seit 1993 koordiniert die Deutsche Stiftung Denkmalschutz den Tag des offenen Denkmals in Deutschland. **DK**

## Von Kommunen für Kommunen

### Handlungsleitfaden für strategisches Personalmanagement entwickelt

**Praktische Hilfestellung für Kommunen und Kreise: Im Rahmen des Projektes DAQkommunal – Demografieaktive Qualifizierung in Kommunen und Kreisen wurde ein Instrumentarium für die strategische Ausrichtung des Personalmanagements und insbesondere der Personalentwicklung im öffentlichen Sektor erarbeitet. Das Besondere: Es schlägt den Bogen von der Analyse der Ist-Situation über die Ermittlung künftiger Anforderungen bis zur Konzeption von Qualifizierungsprogrammen. „Mit unserer Arbeit haben wir im Grunde genommen Neuland betreten“, blickt Prof. Dr. Gottfried Richenhagen auf die zweijährige Analyse- und Entwicklungstätigkeit zurück. „Bislang war die Personalarbeit vieler Kommunen beim Personalamt angesiedelt, wir positionieren sie als integralen Bestandteil moderner Verwaltungsführung“, so der wissenschaftliche Leiter des Kompetenzzentrums für Public Management an der FOM Hochschule.**

Hintergrund des Projektes, das gemeinsam mit den Kommunen Aachen, Oldenburg und Wiesbaden sowie dem Rheinisch-Bergischen Kreis und unterstützt von der Prospektiv GmbH und der Prognos AG durchgeführt wurde: „Der demografische Wandel stellt den öffentlichen Dienst vor große Herausforderungen“, so Richenhagen. „In den kommenden sieben Jahren gehen ca. 33 Prozent des Führungspersonals in Westdeutschland in den Ruhestand, in Ostdeutschland sind es rund 25 Prozent. Zudem sind ca. 52 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter älter als 44 Jahre, 33 Prozent älter als 50 Jahre.“ Dadurch erhalte die Qualifizierung und Weiterbildung in den Kommunen und Kreisen einen völlig neuen Stellenwert, denn die zukünftig fehlenden Fach- und Führungskräfte müssten zu einem Großteil aus den eigenen Reihen rekrutiert werden.

Um das zu gewährleisten, sieht

der erste Schritt des DAQ-Handlungsleitfadens eine Anwendung des Job-Familien-Konzeptes vor. Dabei werden Verwaltungsstellen einer Job-Familie – zum Beispiel „Obere Führung“ oder „Gewerblich-technische Tätigkeiten“ – zugeordnet und mit einer Liste von Kompetenzen verknüpft, die zur Erledigung der Aufgaben benötigt werden.

### Personalstrukturanalyse

Darauf folgt die Personalstrukturanalyse. In ihrem Rahmen werden Alter, Geschlecht und weitere Daten der Mitglieder einer jeden Job-Familie ermittelt und zukünftige Personalbedarfe sichtbar gemacht. Im Zuge einer Trendanalyse werden dann kommunenspezifische Entwicklungen ermittelt, die für die jeweiligen Job-Familien von Bedeutung sind und sich auf den zukünftigen Personalbedarf auswirken. Die DAQ-Kompetenz-

analyse führt alle Schritte zusammen: In welchen Job-Familien sind in Zukunft welche Kompetenzen verstärkt oder verändert gefragt? Und von welchen Personalstrukturen muss man in den einzelnen Job-Familien ausgehen? „Auf der Basis der Ergebnisse haben wir abschließend 12 Lernsettings bzw. Seminar-konzepte entwickelt“, erklärt Prof. Dr. Richenhagen. „Angefangen bei einer Schulung zum altersgerechten Führen über Resilienztrainings bis zu kollektiver Beratung und Mentoring.“

### Förderung

Kommunen, die diesen Prozess ebenfalls durchlaufen möchten, finden im DAQ-Leitfaden die einzelnen Schritte und Instrumente erklärt. Gefördert wurde das Projekt im Rahmen der Initiative „weiter bilden“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie den Europäischen Sozialfonds.

Die gemeinnützige FOM Hochschule gehört zur Stiftung BildungsCenter der Wirtschaft (BCW) in Essen. Aktuell zählt die Hochschule in 31 Städten in Deutschland über 26.000 Studierende. Das Besondere: Sie absolvieren die staatlich anerkannten und akkreditierten Bachelor- und Masterstudiengänge berufsbegeleitend parallel zu Job oder Ausbildung.

Weitere Informationen unter: [www.daq-kommunal.de](http://www.daq-kommunal.de) ☐

### Kassenstatistik im 1. Halbjahr 2014:

## Steuereinnahmen bayerischer Gemeinden steigen um 2 Prozent

**Die Summe der gemeindlichen Steuereinnahmen im 2. Quartal 2014 liegt mit 4.103 Mio. Euro um 2 % (+ 80 Mio. Euro) über dem Vorjahresergebnis von 4.023 Mio. Euro. Der Zuwachs im 2. Quartal ist vor allem den höheren Einnahmen im Bereich der Grundsteuer B, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer geschuldet. So weist die Grundsteuer B einen Zuwachs um 33 Mio. Euro (+ 7,1 %) auf.**

Besonders erfreulich ist der Zuwachs des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer um 7,8 % (dies entspricht + 118 Mio. Euro) auf 1.625 Mio. Euro. Dabei entwickelt sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im kreisfreien wie im kreisangehörigen Bereich identisch mit einem Plus von 7,8 %. Die Gewerbesteuer (netto) ist im 2. Quartal rückläufig und weist gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 3,7 % auf. Der aktuelle Wert liegt um 69 Mio. Euro unter dem des Vorjahres. Besonders festzustellen im 2. Quartal, dass gerade bei den kreisfreien Städten ein Rückgang um 19,9 %, dies entspricht 187,3 Mio. Euro, zu verzeichnen ist, während sich die Gewerbesteuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden um 12,9 %, dies entspricht 118,9 Mio. Euro, erhöht haben.

Die Summe der gemeindli-

chen Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2014 liegt mit 6.675 Mio. Euro um 1,6 % (+ 104 Mio. Euro) über dem Vorjahresergebnis von 6.571 Mio. Euro. Geschuldet ist dies vor allem der positiven Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, der einen Zuwachs um 12,5 %, dies entspricht einem Plus von 180 Mio. Euro, aufweist. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat sich im kreisangehörigen wie im kreisfreien Bereich gleichermaßen um 12,5 % erhöht. Die Tendenz der Entwicklung der Gewerbesteuer (netto) im 2. Quartal 2014 bildet sich auch für das 1. Halbjahr ab. So sind die Gewerbesteuereinnahmen (netto) um minus 2,8 %, dies entspricht 114 Mio. Euro auf 3.961 Mio. Euro zurückgegangen. Auch hierbei ist eine deutlich unterschiedliche Entwicklung zwi-

schon den kreisangehörigen Gemeinden und den kreisfreien Städte festzustellen. Während im kreisangehörigen Bereich die Gewerbesteuer (netto) einen Zuwachs um 4,4 %, dies entspricht einem Plus von 87 Mio. Euro und damit 2.094 Mio. Euro aufweist, sind die Gewerbesteuereinnahmen (netto) im kreisfreien Bereich um 9,8 %, dies entspricht einem Minus von 202 Mio. Euro auf 1.866 Mio. Euro, zurückgegangen.

Anderen Steuereinnahmen, wie die Grundsteuer B und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer entwickeln sich leicht positiv. Insgesamt ist als Zwischenergebnis für das 1. Halbjahr festzustellen, dass die Gemeinden im kreisangehörigen Bereich einen Zuwachs ihrer Steuereinnahmen um 6,7 % (+ 239 Mio. Euro) auf 3.820 Mio. Euro zu verzeichnen haben, während die Steuereinnahmen der kreisfreien Städte um 4,5 % (- 135 Mio. Euro) auf 2.853 Mio. Euro zurückgegangen sind.

Auch wenn die Zahlen des 1. Halbjahres 2014 für die Gemeinden insgesamt noch einen leicht positiven Trend aufweisen und dabei festzustellen ist, dass sich die Einnahmen der kreisangehörigen Gemeinden erfreulich stabil und positiv entwickelt haben, bleibt die weitere Entwicklung, insbesondere auch im Hinblick auf die Situation der kreisfreien Städte, kritisch zu beobachten. Insoweit wird es für die weitere Entwicklung der Steuereinnahmen im kommunalen Bereich vor allem auf die gesamtwirtschaftliche Situation im 2. Halbjahr ankommen. Dabei werden die Zahlen des 3. Quartals 2014 einen entscheidenden Fingerzeig für die weitere Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen geben. ☐

# Neue Konzepte und Kooperationen

Das Fortbestehen vieler Kitas auf dem Land könnte gesichert werden

Gerhard Dix, Direktor des Referats Bildung und Soziales des Bayerischen Gemeindetages, wird auf dem Zukunftskongress für Bildung und Betreuung „Invest in Future“ am 27./28. Oktober 2014 in Stuttgart Strategien vorstellen, mit denen sich angesichts sinkender Kinderzahlen eine vielfältige und bedarfsrechte Kinderbetreuung auch auf dem Land gewährleisten lässt. Im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung sprach er über die zentralen Aussagen seines Vortrags.

**GZ:** Herr Dix, warum sehen Sie das Fortbestehen besonders von Kindertagesstätten im ländlichen Raum in Gefahr?

**Dix:** Der demografische Wandel macht sich auf dem Land bereits deutlich bemerkbar. Viele Kommunen klagen über drastische Geburtenrückgänge. Das macht es für die Gemeinden immer schwieriger, Familien vielfältige und qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuungsangebote zu machen. Solche Angebote sind jedoch wichtig, damit eine Kommune als Wohnort sowie als Unternehmensstandort attraktiv ist.

**GZ:** Gibt es ein Patentrezept, um der Herausforderung zu begegnen?

**Dix:** Ein Universalrezept kann ich leider nicht bieten. Es ist Kreativität gefragt und die Bereitschaft, Allianzen zu schmie-

den. Ich rate Kindertagesstätten dazu, ihr eigenes Profil stärker herauszuarbeiten. Zum Beispiel als Musik-, Sprachförder- oder Waldkita kann es ihnen gelingen, auch Eltern aus dem Umland anzusprechen, die nach einer Einrichtung mit spezieller Pädagogik suchen. Arbeiten benachbarte Gemeinden bei der Ausgestaltung ihres Angebots im

gebühren zeigen zum Beispiel, welche pädagogische Ausrichtung sich die Eltern wünschen und in welchen Zeiträumen sie Kinderbetreuung benötigen. Auf Grundlage solcher Erhebungen können Gemeinden die örtliche Kita-Landschaft - evtl. im interkommunalen Verbund - qualifiziert weiterentwickeln.

**GZ:** Sind gute Kooperationen nicht generell eine sinnvoll Maßnahme zur Zukunftssicherung von Kitas?

**Dix:** In der Tat ist es ziel führend zu überlegen, durch welche Kooperationen das eigene Kita-Angebot attraktiver und bedarfsgerechter werden könnte. Vielerorts bewährt hat sich die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und der Kindertagespflege, sprich: mit Tagesmüttern bzw. -vätern. In manchen Orten wird zum Beispiel Betreuung überwiegend halbtags nachgefragt. Für die wenigen Kinder, deren Eltern lieber einen Ganztagsplatz hätten, lohnt die Einrichtung einer Ganztagskita oft nicht. Übernahme jedoch eine Kindertagespflegeperson die Nachmittagsbetreuung, ließe sich durchaus auch für wenige Kinder eine Betreuung bis in den Abend hinein anbieten.

Auch die Zusammenarbeit mit anderen sozialen Einrichtungen ist für Kitas eine interessante Option. Neben der persönlichen Begegnung und gegenseitiger Unterstützung im pädagogischen Bereich könnten die Beteiligten zum Beispiel durch eine gemeinsame Küche oder den Einkauf im Verbund auch Kosten sparen. Um genauer auszuloten, ob es sinnvoll sein könnte, unterschiedliche kommunale Angebote zu verknüpfen, ist eine sogenannte integrierte Sozialplanung nötig.

Grundlage dafür ist eine Befragung, die alle Bürgerinnen und Bürger einbezieht und auch die Nachfrage nach Unterstützungsleistungen für ältere Personen, für Zugewanderte, für Menschen mit Behinderung etc. erfragt.

**GZ:** Herr Dix, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Gerhard Dix. ☺

Verbund, ist es möglich, sich in Bezug auf pädagogische Konzeptionen und Öffnungszeiten abzustimmen und Eltern so vielfältige Angebote zu machen.

**GZ:** Wie können die kommunal Verantwortlichen erfahren, welche Angebote sie sinnvollerweise auf- bzw. ausbauen sollten und welche nicht?

**Dix:** Das ist ein zentraler Punkt. Nur wenn bekannt ist, welche Unterstützung Familien vor Ort wünschen, lässt sich ein bedarfsgerechtes Angebot schaffen. Eine fachgerechte Bedarfsplanung ist unerlässlich. Grundlage dafür kann eine Umfrage unter Familien sein. Wir haben dafür eine Fragebogen-Vorlage entwickelt. Die Befragungser-

## „Invest in Future“: Zukunftskongress für Bildung und Betreuung

„Invest in Future“ findet am 28. und 29. Oktober in Stuttgart statt und richtet sich an Vertreter aus Kommunen, von Trägern, aus Unternehmen sowie aus Wissenschaft und Forschung. Die Tagung behandelt Zukunftsfragen in den Themenbereichen Kinderbetreuung und Bildung sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege.

Das Schwerpunktthema 2014 lautet: „Potenziale nutzen – Bildungschancen für Deutschland. Wie meistern wir die Herausforderungen der Zukunft?“ Das komplette Kongressprogramm mit rund 60 Vorträgen, Diskussionsrunden und Workshops in 20 Themenforen ist unter [www.invest-in-future.de](http://www.invest-in-future.de) im Internet abrufbar. ☺

## Sorgen pflegender Angehöriger nicht länger ausblenden

BDH fordert bessere Rahmenbedingungen für Angehörige

In einer Studie zur Situation pflegender Angehöriger legt die Techniker Krankenkasse (TK) das extreme Belastungsniveau offen, das die selbstständig getragene Pflege für Angehörige mit sich bringt. 60 Prozent der Befragten gaben an, dass die Pflege sie sehr viel Kraft koste, jeder Dritte leidet der Studie zufolge sogar unter gesundheitlichen Problemen aufgrund der Pflegebelastung.

Die Zahlen seien mehr als alarmierend und ein klarer Appell an die Bundespolitik, die Scheuklappen abzulegen und die Situation pflegender Angehöriger zu verbessern, so Ilse Müller, Vorsitzende des BDH Bundesverband Rehabilitation. Der Sozialverband setzt sich für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ein: „Die hohe physische und psychische Belastung, die eine Pflege in den eigenen vier Wänden bedeuten kann, muss gesellschaftlich stärker anerkannt werden. Wir erwarten von der Wirtschaft flexiblere Arbeitszeitmodelle, die die Pflegeleistung ohne wirtschaftliche Risiken für Betroffene besser integrieren. Grundsätzlich braucht es einen fairen Lastenausgleich. Immerhin bedeutet die selbst organisierte Pflege, gerade im Falle dementer Angehöriger, vielfach auch das Ende des einmal eingeschlagenen Lebensentwurfs und

die Unterordnung beruflicher oder privater Pläne und Ziele.“

### Gesellschaftlicher Paradigmenwechsel

Der BDH drängt auf einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel im Umgang mit der privaten Pflege, der der alternden Gesellschaft gerecht wird. Die Pflege Angehöriger müsse gleichwertig neben die Erziehung des Nachwuchses treten, so Ilse Müller: „Angesichts der dramatisch schnellen Alterung unserer Gesellschaft müssten wir alle ein Interesse daran haben, Pflegeleistungen und Erwerbsleben besser miteinander zu verzahnen. Immer mehr Menschen werden mit Pflegefragen konfrontiert. Da werden Initiativen wie das Familienpflegezeitgesetz von 2011 oder Selbstverpflichtungen der Wirtschaft als „weiße Salbe“ zur Problemlösung wohl kaum genü-

gen. Es braucht eine ernsthafte und ehrliche Debatte, immerhin entlasten die mehr als 1,3 Millionen pflegenden Angehörigen, die etwa 1,7 Millionen Menschen daheim versorgen, die Sozialkassen um einen Milliardenbetrag und stabilisieren so unser gesamtes Sozialsystem.“

## EMIR-Verordnung der Europäischen Union

In der seit August 2012 geltenden EMIR-Verordnung (European Market Infrastructure Regulation – EMIR) hat die EU als Folge der Finanzmarktkrise Anforderungen an außerbörsliche Derivatetransaktionen formuliert. Unter anderem sind die an einem Derivatgeschäft beteiligten Parteien verpflichtet, jeden Neuausschluss von Derivatgeschäften sowie alle Derivateverträge, die seit dem 16.08.2012 bestehen oder bestanden, unter Angabe einer Firmenidentifikationsnummer (Legal-Entity-Identifier – LEI oder General-Entity-Identifier – GEI) zu melden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat sich nunmehr zu der bislang unstrittenen Frage geäußert, inwiefern die EMIR-Verordnung auf Kommunen und kommunale Unternehmen Anwendung findet. Zusammengefasst ist die BaFin dabei zu der Einschätzung gelangt, dass

### Liebe Leserinnen und Leser,

das vom Kabinett beschlossene Maßnahmenpaket zur Erstanforderung von Asylbewerbern stößt allenthalben auf viel Zustimmung. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, zeigte sich ebenso erleichtert wie der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, Landrat Stefan Köhle. Die Möglichkeiten der dezentralen Unterbringung durch die Landratsämter sind erschöpft.

Dass jetzt leerstehende Immobilien - Kasernen beispielsweise - kurzfristig als Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung gestellt werden, ist deshalb sehr zu begrüßen. Die kommunalen Repräsentanten halten im Interesse einer menschenwürdigen Bewältigung des Asylbewerberzustroms vermehrte Anstrengungen der gesamten Gesellschaft - von Staat, Kommunen aber auch von der Bevölkerung - für notwendig. Die weitere Schaffung von Kontingentplätzen von ca. 2.000 neuen Plätzen bis Oktober 2014 und ein zusätzliches Kontingent von 1.100 Plätzen für unvorhergesehenen Bedarf ist dringend notwendig.“

forderte Bernreiter. Auch die Beseitigung von bürokratischen Hemmnissen, wie z. B. beim Vergabeverfahren und im Baurecht werde aus Sicht der Landrätinnen und Landräte sehr begrüßt.

Des Weiteren ist die bayernweite Verteilung von unbegleiteten Minderjährigen nach dem Abschluss des Erstaufnahmeverfahrens dringend notwendig. „Es geht dabei unter anderem um erweiterte Maßnahmen der Jugendhilfe und eine gezielte Sprachförderung, die von den Kommunen aus eigenen Mitteln nicht gesichert werden können. Auch hier müssen wir den Freistaat in Zukunft noch mehr in die Pflicht nehmen“, so Köhle. Schließlich stünde den minderjährigen Asylsuchenden laut Gesetz ein Recht auf Bildung zu und selbstverständlich dürfen sie deutsche Schulen besuchen.

Dass Bayerns Innenminister bei der Zustimmung des Bundesrats zur Asylrechtsreform vor allem die klare Grenze zwischen politisch Verfolgten und Wirtschaftsflüchtlingen lobt und bei Letzteren von „Missbrauch“ spricht, ist verständlich. Politisch verständlich, wohl gemerkt. Denn hinter jedem Fall steckt ein ganz individuelles Einzelschicksal. Wieviel Verzweiflung und Mut - im wahrsten Sinn Todesmut - steckt dahinter, wenn jemand seine Heimat verlässt! Seine Familie, seine Freunde, seine Sprache, sein Land! Wo liegt der qualitative Unterschied für jemanden, wenn seine Zukunftsperspektive erschaffen, enthaupen oder verhungern lautet? Der Abensberger Erste Bürgermeister, Dr. Uwe Brandl unterstützt die Initiative „Abensberg

schau nicht weg“. Hoffen wir, dass das Engagement des Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages viele Nachahmer findet! Die Abensberger leisten humanitäre Hilfe für syrische Flüchtlinge. Einzelne Projekte finden in Zusammenarbeit mit dem Verein Orienthelfer e.V. des Kabarettisten Christian Springer statt. Mit den gesammelten Spenden werden Flüchtlingsfrauen und -kinder in Libanon und Jordanien unterstützt, die von Christian Springer und den Orienthelfern betreut werden.

„Um Platz für die wirklich politisch Verfolgten zu schaffen, müssen wir den Missbrauch unseres Asylrechts durch Wirtschaftsflüchtlinge konsequent bekämpfen“, lässt Minister Herrmann verlauten.

Seine Forderung, die Westbalkanstaaten - Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina - zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, ist sicherlich berechtigt. Andererseits ist es eine Tatsache, dass beinahe täglich viele Menschen - oftmals sind es Hunderte! - ihr Leben riskieren und/oder verlieren, weil sie sich in unendlicher Verzweiflung in Nussschalen aufs Meer hinaus wagen, um die rettenden Gestade Europas zu erreichen.

Wir dürfen nicht länger zusehen. Und wir können alle etwas tun. So wie die Abensberger, wie Uwe Brandl und Christian Springer.

Jahrzehnte war es üblich, dass deutsche Außenminister mit dem Scheckbuch durch die Welt gereist sind und Geld verteilt haben. Viel Geld. Wie sonst kommt eine Familie Ararat zu einem Milliardenvermögen? Und wie kann es angehen, dass ein in Israel im Gefängnis einsitzender Mann immer noch Millionenbeträge kassiert, die eigentlich als Renten für die wenigen Überlebenden des Holocausts erstritten wurden!

Ein Aufschrei ging seinerzeit durch das Land, als der damalige Bundesinnenminister Otto Schily forderte, man solle europäische Asylverfahren nach Tunesien, Libyen, Algerien und Marokko auslagern. Der Tod vieler Menschen könnte vermieden werden, so Schily, wenn man Auffanglager in Nordafrika einrichtete, wo Flüchtlinge Asyl beantragen könnten, ohne den gefährlichen Weg über das Mittelmeer zu riskieren (FAZ, 22.07.2004). Die aus Seenot geretteten Menschen sollten schon in Nordafrika ein Asylverfahren durchlaufen. Was war daran eigentlich schlecht?

„Das Boot ist voll!“ wird immer wieder gerne argumentiert. Das mag stimmen. Aber wenn unser Boot wirklich so voll ist, wie viele behaupten, dann haben wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dafür Sorge zu tragen, dass weitere „Boote“ Rettung bringen. Oh ja, das ist Sache der Außenpolitik, aber es ist auch Sache jedes Einzelnen von uns. Schauen Sie z. B. doch auf [www.orienthelfer.de](http://www.orienthelfer.de)! Und um Sie was! Gemeinsam mit Ihren Bürgern. So wie Dr. Brandl!

Ihre Anne-Marie von Hassel  
Verlegerin der Bayerischen Gemeindezeitung

### Überbürokratisierung

Der BDH rät dazu, die Zahl beratender Pflegestützpunkte flächendeckend aufzustocken und auf unkompliziertere Antragsverfahren zu setzen, die eine generelle Anhebung der Pflegesätze flankieren. Immerhin entscheiden sich zwei von drei Angehörigen von Demenzpatienten, die Betreuung selbständig zu or-

ganisieren, da störe die Überbürokratisierung der Pflegeanträge immens, so Müller. Zudem seien ein Rechtsanspruch auf eine Familienpflegezeit, sowie einen Anspruch auf Lohnersatzleistungen bei der Pflege, analog zu den Elternzeitregelungen, wichtige politische Maßnahmen zur Stärkung der heimischen Pflege.

Weitere Informationen unter: <http://bit.ly/1sRmWjX> ☺

pflichtig sind, da sie grundsätzlich nicht hoheitlich tätig werden können. Soweit ein privatrechtlich organisiertes kommunales Unternehmen aber eindeutig nicht wirtschaftlich tätig wird, weil es z. B. ausschließlich karitativ oder kulturell tätig ist, unterliegt es dagegen ebenfalls nicht den Pflichten aus der EMIR-Verordnung.

Kommunen und kommunale Unternehmen, die nicht EMIR-pflichtig sind, haben auch keine Verpflichtung zur (kostenpflichtigen) Beantragung einer LEI oder GEI. Die rechtlichen Vorgaben sind allerdings insoweit inkonsistent, als Meldungen z.B. von Banken über Derivatgeschäfte mit Kommunen die LEI oder GEI der Kommune enthalten sollen. Der BaFin ist diese Problematik bekannt. In solchen Fällen obliegt die Klärung des weiteren Vorgehens in erster Linie dem Finanzinstitut, nicht der Kommune. Ebenfalls denkbar wäre, dass das betreffende Finanzinstitut die Kommune bei der Beantragung einer LEI oder GEI zur Erfüllung der Meldepflicht der Bank (auch finanziell) unterstützt. Dem Vernehmen nach soll diese Identifikationsnummer künftig über EMIR hinaus auch bei weiteren technischen Regulierungen eine Rolle spielen. ☺

1.000 Arbeitgeber beteiligen sich:

## „Mein Papa liest vor!“

Projekt fördert das familiäre Vorlesen und legt so die Grundlage für Bildung

**Fehlende Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern, drohender Fachkräftemangel, Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Arbeitgeber stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Durch ihre Teilnahme an „Mein Papa liest vor!“, einem für sie kostenlosen Leseförderungsprojekt der Stiftung Lesen, können Arbeitgeber diesen Herausforderungen begegnen, indem sie das familiäre Vorlese-Engagement ihrer Mitarbeiter fördern und damit wichtige Grundlagen für die Bildungs- und Berufschancen der Mitarbeiter-Kinder legen. Mit dem Schuh- und Lifestyle-Unternehmen KangaROOS Bernd Hummel GmbH in Pirmasens hat sich jetzt das 1.000ste Unternehmen bundesweit für das Projekt angemeldet, rund drei Millionen Arbeitnehmer werden so insgesamt erreicht.**

„Zahlreiche Studien belegen die positiven Auswirkungen des Vorlesens auf die weitere Entwicklung der Kinder“, erklärt Dr. Jörg F. Maas, Hauptgeschäftsführer der Stiftung Lesen. „Kinder, denen schon früh und vor allem regelmäßig vorgelesen wird, fällt das Lesenlernen leichter. Sie haben in vielen Fächern im Schnitt bessere Schulnoten und damit bessere Voraussetzungen für das spätere Berufsleben. Lesen ist die Grundvoraussetzung für Bildung und Wissen.“

### Vorbildfunktion

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel von „Mein Papa liest vor!“, Eltern – insbesondere Väter – zum Vorlesen zu motivieren und so Lese-Vorbilder für ihre Kinder zu sein. Denn ein Drittel der Eltern lesen ihren Kindern nicht regelmäßig vor, und wenn, dann sind dies meistens die Mütter. Grund für fehlendes Vorlese-Engagement sind oft mangelnde Zeit und Unsicherheit bei der Auswahl des geeigneten Lese-Stoffs. Um das zu ändern, spricht „Mein Papa liest vor!“ die Eltern dort an, wo sie viel Zeit verbringen: an ihrem Arbeitsplatz. Über das firmeneigene Intranet ihres

Arbeitgebers erhalten die Mitarbeiter wöchentlich von der Stiftung Lesen eine Vorlesegeschichte, die sie einfach und kostenlos herunterladen und mit nach Hause nehmen können. Die Geschichten sprechen die unterschiedlichen Interessen von Jungen und Mädchen an und berücksichtigen verschiedene Altersgruppen sowie kulturelle Hintergründe. Des Weiteren stellt die Stiftung Lesen umfassendes Informationsmaterial mit Hintergründen und Tipps zum Vorlesen bereit.

### Nachhaltige Gestaltung

Gabriele Hummel, Head of Human Resources KangaROOS, betont: „Durch unsere Teilnahme am Projekt möchten wir unsere Mitarbeiter dazu animieren, die gemeinsame Zeit mit ihren Kindern noch intensiver und nachhaltiger zu verbringen, denn Vorlesen schafft Nähe und Geborgenheit. Damit setzen wir uns für die Leseförderung ein und fördern die familienfreundliche Arbeitskultur. Deshalb möchte ich „Mein Papa liest vor!“ auch anderen Unternehmen empfehlen.“

Bisher bietet die Stiftung Lesen das Projekt „Mein Papa liest

vor!“ mit der Unterstützung verschiedener Partner und unter der Schirmherrschaft der jeweiligen Ministerpräsidenten oder der Bildungs- und Wirtschaftsminister in Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz an. „Ziel der Stiftung Lesen ist es, bis Ende 2015 „Mein Papa liest vor!“ auf ganz Deutschland auszuweiten“, erklärt Dr. Maas. „Damit dies gelingt, rufen wir Unternehmen, Verbände und Institutionen dazu auf, sich noch mehr für die Leseförderung zu engagieren und uns bei der Ausweitung von Projekten wie „Mein Papa liest vor!“ zu unterstützen. Denn gemeinsame Anstrengungen in der Leseförderung sind von grundlegender Bedeutung für die Zukunft unseres Bildungs- und Wirtschaftsstandortes.“

### Kompetenter Partner

Die Stiftung Lesen ist anerkannter, kompetenter und unabhängiger Partner und Anwalt für das Lesen. Sie fördert Lesekompetenz und Zugänge zum Lesen für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen in allen Medien. Als operative Stiftung führt sie in enger Zusammenarbeit mit Partnern – Bundes- und Landesministerien, wissenschaftlichen Einrichtungen, Stiftungen, Verbänden und Unternehmen – Forschungs- und Modellprojekte sowie breitenwirksame Programme durch. Zu ihren herausragenden Initiativen zählen der jährliche „Bundesweite Vorlesetag“, der „Welttag des Buches“ und „LeseStart – Drei Meilensteine für das Lesen“, ein bundesweites frühkindliches Leseförderprogramm, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert wird. Zahlreiche Prominente unterstützen die Stiftung als Lesebotschafter. Die Stiftung Lesen wurde 1988 gegründet und steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten.

Weitere Informationen unter: [www.stiftunglesen.de](http://www.stiftunglesen.de) ☎

## Pflege und Asyl...

(Fortsetzung von Seite 1) Durchschnitt bei knapp sieben Monaten liegt, sei entscheidend dafür, wieviel zusätzliche Unterkünfte und Finanzmittel benötigt werden.

### Steigende Zahlen

In vielen Bundesländern reichten die Kapazitäten in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen der Länder angesichts der steigenden Asylbewerberzahlen nicht mehr aus. In einigen Ländern – zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen – würden die Asylbewerber sehr rasch, zum Teil schon nach 14 Tagen, an die Kommunen weitergeleitet. Vor diesem Hintergrund forderte Maly die Länder auf, ihre Kapazitäten deutlich zu erhöhen, um eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten. So sollte auch erreicht werden, dass die Asylbewerber länger in den zentralen Einrichtungen der Länder – zumindest für drei Monate – verbleiben können. Dies sollte jedenfalls für Asylbewerber mit offensichtlich unbegründeten Asylbegehren gelten.

In vielen Städten seien die Kapazitäten, um Asylbewerber unterzubringen, längst ausgeschöpft. Investitionshilfen für Um- und Neubauten könnten daher helfen, um für die Flüchtlinge notwendige Immobilien zu bauen und herzurichten. Die Erstattung der Kosten, die den Städten für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Asylbewerber entstehen, sei in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich geregelt.

### Unterbringung

„Die Städte wollen die Menschen menschenwürdig unterbringen und versorgen. Wir fordern die Landesgesetzgeber auf, ihrer Verantwortung nachzukommen und den Kommunen ihre Ausgaben zeitnah zu erstatten. Dazu gehören die Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung, für die soziale und psychosoziale Betreuung, für den Schulbesuch der Kinder, die Jugendhilfeausgaben und die Ausgaben für die gesundheitliche Versorgung“, stellte der Verbandschef klar. Insgesamt komme es darauf an, die Flüchtlinge, die in Deutschland bleiben, gut in die Gesellschaft zu integrieren. Die Kommunen seien weiterhin bereit, dazu ihren Beitrag zu leisten.

Positiv bewertet der Deutsche Städtetag dagegen die Absicht der Bundesregierung, die Rolle der Kommunen in der Pflege zu stärken. Wie die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, betonte, sollten die Steuerungsmöglichkeiten für die Städte im Pflegebereich erweitert werden, um die kommunale Kompetenz zugunsten älterer Menschen besser einsetzen zu können. Ende September nimmt eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesministeriums für Gesundheit ihre Tätigkeit zu diesem im Koalitionsvertrag verabredeten Thema auf. Der Spitzenverband will sich aktiv daran beteiligen.

Die Städte sind laut Lohse aufgrund ihrer Kenntnisse der Situation vor Ort, angesichts ihrer vorhandenen Kompetenzen in der Altenhilfe, bei der Hilfe zur Pflege, in der Entwicklung des Wohnumfelds und in der Koordination allgemeiner sozialer Dienstleistungen am besten in der Lage, eine Koordinierungsverantwortung zu übernehmen. Die Städte könnten Menschen über Angebote beraten und diese Dienstleistungen sinnvoll vernetzen. Die bessere Verzahnung von Maßnahmen in den Städten könnte auch zu einem zielgerichteteren Einsatz der Mittel führen.

Die Gestaltung der Wohn-, Lebens- und Pflegesituation älterer Menschen ist nach Lohses Worten wichtiger Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Der Deutsche Städtetag werde den Diskussionsprozess innerhalb der Bund-Länder-Arbeits-

gruppe deshalb eng begleiten und mit dem Wissen aus der kommunalen Praxis koppeln. Der Verband sei zuversichtlich, dass am Ende von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe konkrete Verbesserungen vorgeschlagen werden. **DK**

## Aktuelles zur...

(Fortsetzung von Seite 1)

Minister: „Es gibt ein bayerisches Gymnasium, das vertiefte Allgemeinbildung vermittelt und Absolventen auf ein Studium bzw. eine hochqualifizierte Berufsausbildung vorbereitet.“ Seine Qualität bleibe unverändert hoch, sein Stoffumfang des Lehrplans auf acht Zeitjahre bemessen. Die enorme Heterogenität der Schülerschaft mache zeitgemäße pädagogische Konzepte nötig – ergänzt um Modelle für den Ausbau individueller Förderung. Dem Ausbau von Ganztagsangeboten komme hierbei besondere Bedeutung zu. Das Gymnasium der Zukunft setze auf den Säulen der Weiterentwicklung der Gymnasialpädagogik, des Lehrplans und der Angebote an Lernzeit auf.

### Zahlreiche Chancen

Den jungen Menschen möglichst viele Chancen eröffne die „Flexible Grundschule“, weil sich die Kinder dort nach ihrem individuellen Lerntempo die Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen aneignen, führte Spaenle weiter aus. „Das ist unsere Antwort auf die Gemeinschafts- bzw. Gesamtschule.“

Die Eingangsstufe der Grundschule, die auf zwei Schuljahre angelegt ist, können die Schülerinnen und Schüler je nach ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit in ein, zwei oder drei Jahren durchlaufen. Das Bildungsministerium weitet zum neuen Schuljahr die „Flexible Grundschule“ von derzeit knapp 90 auf künftig 151 Grundschulstandorte aus. Zugleich wird es den Grundschulen ermöglicht, die guten Erfahrungen „Flexibler Grundschulen“ mit Lernentwicklungsgesprächen zwischen Lehrkräften, Schülern und Eltern umzusetzen. Alle Grundschulen können künftig Zwischenzeugnisse in den ersten drei Jahrgangsstufen durch dokumentierte Lernentwicklungsgespräche ersetzen.

### Stärkung der Forschung

Zur Stärkung der angewandten Forschung und Entwicklung sowie der Kooperation von Hochschulen und Unternehmen in der Region werden seit 2009 im Umfeld von Hochschulen für angewandte Wissenschaften bayernweit Technologietransferzentren errichtet. Ihre Aufgabe ist es, in Kooperation mit – vor allem ortsansässigen – Unternehmen anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung zu betreiben und damit den Wissens- und Technologietransfer zu unterstützen. Die fachlichen Schwerpunkte der derzeit bestehenden bzw. entstehenden 16 Standorte orientieren sich an der Struktur der Wirtschaftsunternehmen in der jeweiligen Region. Die Technologietransferzentren sollen der nachhaltigen Stärkung der Innovationskraft in der jeweiligen Region dienen und deshalb künftig weiter „verdichtet“ werden.

Heftig kritisiert wurde in einer anschließenden Diskussionsrunde der Deutsche Landkreistag, der auf Bundesebene durchsetzte, dass der in der Begründung zum Gesetzentwurf des Bundes im Hinblick auf eine kommunalen Entlastung seiner Meinung nach „für die Vorab-Milliarde völlig irrelevante Satz“: „Im Rahmen der Verabschiedung des Bundes-

teilhabegeldes sollen die Träger der Eingliederungshilfe im Umfang von 5 Mrd. Euro jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden“ durch den Satz ersetzt wird: „Im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes ist eine Entlastung durch den Bund im Umfang von 5 Mrd. Euro jährlich in der Eingliederungshilfe vorgesehen.“

### Klarer Weg

Direktor Emil Schneider vom Bayerischen Landkreistag plädierte dafür, „den klaren Weg, der laut Koalitionsvereinbarung beschritten werden soll, nicht zu verlassen“. Was der Landkreistag auf Bundesebene durchgesetzt hat, sei ein enormes Verwirrspiel. Schneider: „Es muss doch möglich sein, diese Koalitionsvereinbarung lupenrein umzusetzen. Will heißen: Wer Eingliederungshilfe bezahlt, kriegt einen Anteil an der 1 Milliarde Euro und in 2017 oder 2018 einen Anteil an den 5 Milliarden Euro. Denn unser Ziel ist es, dass der Bund an der Eingliederungshilfe prozentual beteiligt wird, weil diese Hilfe in den vergangenen zwölf Jahren um 70 Prozent gestiegen ist.“

Die Eingliederungshilfe ist nach Schneiders Worten „die Sozialausgabe, die alles andere weit übertrahlt“. Darum wäre es aus seiner Sicht auch für Bayern wichtig, „dass der Bund einen Anteil bezahle muss, damit er sich die Ausweitung der Leistungen stets überlegt“.

KPV-Landesvorsitzender Rölle zufolge gibt es in diesem Punkt innerhalb der kommunalen Familie noch einiges zu tun. Bei der Bundesvertreterversammlung am 21. und 22. November in Chemnitz werde die KPV Bayern das Thema Eingliederungshilfe deshalb nochmals zur Sprache bringen. **DK**

## Kein unzulässiger Eingriff in Selbstverwaltungsrecht

Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zur Zuweisung von Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Zweckverbänden zum Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband

Der Bayerische Gemeindetag hat jüngst seine Mitglieder darüber informiert, dass der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) mit Urteil vom 15.05.2014 die Berufungen in den Musterklageverfahren einer Gemeinde mit über 5.000 Einwohnern, einer „mitgerissenen“ Verwaltungsgemeinschaft und den zugehörigen Mitgliedsgemeinden mit unter 5.000 Einwohnern sowie eines Schulverbands gegen die Bescheide des Innenministeriums über die Zuweisung dieser Körperschaften zum Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) zurückgewiesen hat.

Die schriftlichen Urteilsbegründungen liegen nunmehr vor und können im Intranet des Bayerischen Gemeindetags abgerufen werden.

### Keine durchgreifenden Bedenken

Der BayVGH setzt sich darin ausführlich mit dem umfassenden Sachvortrag der klagenden Körperschaften auseinander, kommt allerdings bedauerlicherweise zu dem Schluss, dass die Zuweisungen keinen unzulässigen Eingriff in das kommunale Selbstverwaltungsrecht darstellen, das in der Bayerischen Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip vorliegend nicht greife, die einschlägigen Regelungen des Gesetzes über den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (PrVbG) rechtlich nicht zu beanstanden seien und auch die Entscheidungen des Innenministeriums in den konkreten Einzelfällen keinen durchgreifenden Bedenken begegnen.

Zuweisungen zugrunde liegenden gesetzlichen Regelungen. Dennoch müssen die Erfolgsaussichten einer etwaigen Beschwerde zum BVerwG eher verhalten beurteilt werden.

### Kein Verfahrensmangel

Ein Verfahrensmangel oder eine Abweichung des BayVGH von bundesgerichtlichen Entscheidungen ist nach Aktenlage nicht ersichtlich. Im Übrigen prüft das BVerwG nicht reversibles Landesrecht wie das PrVbG grundsätzlich nicht, sondern beschränkt sich primär auf Verstöße gegen bundesrechtliche Vorgaben, insbesondere solche des Grundgesetzes.

### Fallkonstellation

Aufgrund der Urteile des BayVGH ist grundsätzlich nicht zu erwarten, dass ein Verwaltungsgericht in Bezug auf die weiteren anhängigen Klagen gegen die Zuweisungsbescheide des Innenministeriums eine anderweitige Entscheidung trifft. Denkbar wäre dies wohl nur bei besonderen, von den bereits beurteilten Sachverhalten signifikant abweichenden Fallkonstellationen, die bislang nicht Gegenstand der gerichtlichen Betrachtung waren. Dies wäre zu prüfen. ☎

### Sachgemäßes Kriterium

Die 5.000-Einwohner-Grenze stelle grundsätzlich ein sachgemäßes Differenzierungskriterium für die Zuweisungen dar. In Bezug auf die „mitgerissenen“ Verwaltungsgemeinschaften, Schulverbände und kleineren Gemeinden entspreche das damit verfolgte Ziel einer einheitlichen Prüfungszuständigkeit den gesetzgeberischen Intentionen und diene legitimen Zwecken. Die Revision gegen das Urteil wurde nicht zugelassen.

### Verhaltene Erfolgsaussichten

Die klagenden Körperschaften haben zwischenzeitlich entschieden, von einer Beschwerde zum Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) gegen die Nichtzulassung der Revision Abstand zu nehmen. Zwar enthielt das Vorbringen der klagenden Körperschaften vor den Verwaltungsgerichten durchaus schlüssige und vertretbare Rügen gegen die den

### Jörg Kunsmann ist neuer KPV-Landesgeschäftsführer

Der neue KPV-Landesgeschäftsführer Jörg Kunsmann bezeichnet sich „durch und durch“ als Kommunalpolitiker und CSUler. Seit 20 Jahren bereits gehört der heute 41-jährige Kulmbacher der Christlich-Sozialen Union an. Von 1998 an war Kunsmann als politischer Referent für verschiedene Abgeordnete im Einsatz. Seit 2002 fungierte er als Bundeswahlkreisgeschäftsführer für den Bundeswahlkreis Kulmbach/Lichtenfels/Bamberg. Ebenfalls seit 2002 gehört Kunsmann dem Kulmbacher Stadtrat und Kreistag an; seit 2008 ist er zudem Stellvertreter von Landrat Klaus Peter Söllner **Text und Bild: DK**

Informations- und Kommunikationstechnologien:

# „Digitale Agenda“ der Bundesregierung ist gestartet

Ilse Aigner: „Der Mittelstand soll vom Breitbandausbau profitieren“

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner verspricht sich von der ‚Digitalen Agenda‘, die in Berlin vorgestellt wurde, deutliche Impulse für ein digitales Deutschland. Aigner: „Die Digitalisierung ist eine Mammutaufgabe, der sich die Bundesregierung und der Freistaat Bayern stellen. „Das Web ist ein Innovationstreiber und Wachstumsmotor für die Wirtschaft“, betonte Aigner. Bis 2018 investiere allein der Freistaat 1,8 Milliarden Euro in digitale Projekte. Das Ziel, Bayern und ganz Deutschland bis 2018 mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s auszustatten, sei ambitioniert, aber machbar, so Aigner.

Heute können etwa 63 Prozent der Haushalte über eine Übertragungsgeschwindigkeit von 50 Mbit/s verfügen. Im städtischen Bereich haben 81,4 Prozent der Haushalte Zugang zu 50 Mbit/s oder mehr, im ländlichen Bereich sind es bisher nur 18,8 Prozent.

## Wirtschaft und Gesellschaft profitieren

„Vom Sprung in ein digitales Zeitalter können Wirtschaft und Gesellschaft erheblich profitieren“, sagte die Ministerin. Es gehe aber auch um gleiche Chancen für alle und um die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Ziel sei es, den Menschen den Zugang zu den besten digitalen Netzen zu ermöglichen – unabhängig davon, ob sie in der Großstadt oder im ländlichen Raum leben. Der Ausbau hoher Internet-Bandbreiten sei zudem gerade für den Mittelstand von großer Bedeutung: „Gerade kleinere und mittelständische Unternehmen und die freien Berufe müssen Zugang zu schnellem Internet haben, damit sie

große Datenmengen verarbeiten und sich besser via Internet austauschen können.“ Enormes Potential berge die Digitalisierung auch für Gründer und junge Unternehmen, erklärte die Ministerin.

Aigner weiter: „Mit der ‚Netzallianz Digitales Deutschland‘, die Bundesinfrastrukturminister Alexander Dobrindt im April initiiert hat, wird der Breitbandausbau maßgeblich vorangebracht.“ Es sei wichtig, die entscheidenden Akteure aus Politik sowie Telekommunikations- und Netzwirtschaft zusammenzubringen, um zeitnah inhaltliche Schwerpunkte sowie einen Zeitplan zu erarbeiten.

Kritik kam unterdessen vom Deutschen Landkreistag: Seiner Ansicht nach spreche die Digitale Agenda zwar zentrale Herausforderungen und Themenfelder des derzeit stattfindenden digitalen Wandels an, es fehle aber weitgehend an konkreten Maßnahmen, Finanzierungs- und Handlungsvorschlägen. „Im Hinblick auf den flächendeckenden Breitbandausbau, ohne den sich alle weiteren

lierten Ziele nicht verwirklichen lassen, geht die Digitale Agenda beispielsweise an keiner Stelle über die Ankündigungen im Koalitionsvertrag hinaus“, bedauerte DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein). Zudem kritisierte der Präsident, dass eine vorherige Abstimmung der Agenda mit den Kommunen nicht erfolgt sei. Diese würden aber auf öffentlicher Seite die Hauptlast der erforderlichen digitalen Anpassungsprozesse tragen.

## Kritik des Deutschen Landkreistags

Nach Auffassung der 295 Landkreise beschreibt das Papier zwar an vielen Stellen, beispielsweise bei den digitalen Infrastrukturen wie auch dem angestrebten „Innovativen Staat“, zutreffend die Herausforderungen des derzeitigen digitalen Wandels. Was fehle, seien konkrete Maßnahmen, die Punkt für Punkt benannt und umgesetzt werden. „Dabei ist es höchste Zeit, jetzt zu handeln“, so Sager. Als ein Beispiel nannte er den Breitbandausbau. Die Bundesregierung wiederhole nur bereits mehrfach angekündigte Maßnahmen, wie etwa die Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen, die Entwicklung eines Finanzierungsinstruments „Premiumförderung Netzausbau“ oder die zügige Bereitstellung und Vergabe neuer Frequen-

zen für den mobilen Breitbandausbau, verzichte aber auf dringend notwendige Konkretisierungen.

„Wir erkennen durchaus an, dass insbesondere die Weiterentwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen Zeit in Anspruch nimmt. Im Hinblick auf das bereits im Koalitionsvertrag angekündigte Finanzierungsinstrument müssten wir heute, fast ein Jahr nach der Bundestagswahl, aber schon wesentlich weiter sein“, meinte Sager. In welcher Dimension Fördermittel bereitgestellt werden müssten, zeige das Vorbild Bayerns, das allein im Breitbandausbau in diesem Bundesland ein Förderprogramm von 1,5 Mrd. Euro aufgelegt habe.

„Der Bund darf sich nicht hinter dem Engagement der Länder und Kommunen verstecken; wir brauchen auch auf Bundesebene ein ausreichend dotiertes Förderprogramm“, forderte Sager. Bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen müsse darauf geachtet werden, dass davon auch Landkreise profitieren können, die in ihrem Gebiet ein eigenes Breitbandnetz errichten wollen, auf dessen Grundlage private Anbieter ihre Dienstleistungen für alle Bürger und Unternehmen im Kreis bereitstellen können.

Darüber hinaus bemängelte er die fehlende vorherige Einbindung von Landkreisen, Städten und Gemeinden in die Erarbeitung der Agenda. Letztlich seien sie es, die orientiert an den Interessen und Bedürfnissen der Bürger und der Wirtschaft kundensorientierte und bürgernahe Angebote bereitzustellen haben. Hier gelte es, Antragsverfahren endlich medienbruchfrei elektronisch umzusetzen. „Wer seine Privatgeschäfte online abwickelt, will sich in der Verwaltung nicht in eine Warteschlange stellen.“ ☺

Veröffentlichung der Bundesnetzagentur:

## Vorschlag für neue Mobilfunkterminierungsentgelte

Homann: „Entgelte sichern Spielraum für Investitionen in den mobilen Breitbandausbau“

Die Bundesnetzagentur hat einen Vorschlag für neue Mobilfunkterminierungsentgelte in den nächsten zwei Jahren veröffentlicht. Danach ist vorgesehen, dass die deutschen Mobilfunknetzbetreiber für die Zustellung von Anrufen in ihren Mobilfunknetzen, die sog. Mobilfunkterminierung, statt bisher 1,79 ct/min ab dem 1. Dezember 2014 jeweils 1,72 ct/min berechnen dürfen. In einem zweiten Schritt soll das Entgelt ab dem 1. Dezember 2015 noch einmal sinken auf dann 1,66 ct/min für den Zeitraum bis Ende November 2016.

„Der veröffentlichte Entgeltvorschlag ist das Ergebnis sehr intensiver Prüfungen und eines transparenten Beschlusskammerverfahrens während der vergangenen Wochen. Die Entgelte spiegeln die Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung eines Mobilfunk-Referenznetzbetreibers wieder. Dabei haben wir an unserem bewährten Ansatz festgehalten, die Entgelte auf der Basis aktueller Wiederbeschaffungskosten zu ermitteln. Die vorgeschlagenen Entgelte sichern den Unternehmen daher auch künftig genügend Spielraum, ihre Investitionen in den mobilen Breitbandausbau, insbesondere in die LTE-Netzinfrastruktur, weiter voranzutreiben“, erläuterte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur.

Für die Ermittlung der maßgeblichen Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung hat die Bundesnetzagentur wie in der vorangegangenen Genehmigungsrunde auch dieses Mal wieder auf das Analytische Kostenmodell für das Mobilfunknetz des Wissenschaftlichen

Instituts für Infrastruktur und Kommunikationsdienste (WIK), Bad Honnef, zurückgegriffen.

## Stichtag 1. Oktober

Die Entscheidungsentwürfe sind auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur [www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de) zur nationalen Konsultation veröffentlicht. Für interessierte Parteien besteht Gelegenheit, bis zum 1. Oktober 2014 schriftlich dazu Stellung zu nehmen. Anschließend werden die Entscheidungsentwürfe und den nationalen Regulierungsbehörden der übrigen EU-Mitgliedstaaten übermittelt, die dann innerhalb eines Monats Stellungnahmen abgeben können.

Sofern die EU-Kommission keine ernsthaften Bedenken gegen den Vorschlag der Bundesnetzagentur äußert, können die Entgelte rechtzeitig ab dem 1. Dezember 2014 endgültig in Kraft treten. Andernfalls könnten die neuen Entgelte zunächst vorläufig genehmigt werden. ☺

## Das Hybrid-Glasfaser-Koaxialnetz von Kabel Deutschland

Gemeinden im Internet-Ausbaugebiet von Kabel Deutschland sind bereits heute an die multimediale Zukunft angeschlossen. Dank der hohen Bandbreite werden eine zukunftsfähige Versorgung und viele weitere Vorteile gewährleistet:

Download-Geschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s in Ausbaugebieten<sup>1</sup>

Fernsehen, Internet und Telefon über einen Anschluss<sup>1</sup>

Auch im ländlichen Raum verfügbar

Weitere Informationen und Verfügbarkeitsauskunft auf [www.kabeldeutschland.de/wohnungsunternehmen/kommunen](http://www.kabeldeutschland.de/wohnungsunternehmen/kommunen)

Für Anfragen zum weiteren Netzausbau in Ihrer Gemeinde wenden Sie sich an: [breitbandoffensive@kabeldeutschland.de](mailto:breitbandoffensive@kabeldeutschland.de). Es lohnt sich!

Ihr Kabelanschluss für Fernsehen, Internet und Telefon.

**Kabel Deutschland**  
Ein Vodafone Unternehmen.

1) Internet und Telefon von Kabel Deutschland sind in immer mehr Ausbaugebieten mit modernisiertem Hausnetz verfügbar, die Maximalgeschwindigkeit von 100 Mbit/s ist in immer mehr Städten und Regionen der Ausbaugebiete und mit modernisiertem Hausnetz verfügbar.

Zukunftskongress Staat & Verwaltung in Berlin:

## Staatliche Dienstleistungen und digitale Verwaltungsarbeit

Unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums des Innern fand in Berlin der „Zukunftskongress Staat & Verwaltung 2014“ statt. Nach einem erfolgreichen Start im vergangenen Jahr vermittelte der Kongress vor rund 1.000 Entscheidungsträgern aus allen Ebenen der Verwaltung, der Wirtschaft, Wissenschaft sowie Experten aus dem In- und Ausland erneut wichtige Impulse für die Reform und Digitalisierung von Staat und Verwaltung.

Wie der Schirmherr und Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière bei der Eröffnung des Zukunftskongresses hervorhob, „ist eine leistungsfähige und bürgerfreundliche Verwaltung, die die Chancen der Digitalisierung nutzt, für unsere Gesellschaft unverzichtbar“. Dies bedeute in der heutigen Zeit, elektronische Dienstleistungen auf- und auszubauen, die schnell, sicher und technisch zuverlässig erbracht werden.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik und Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Cornelia Rogall-Grothe, skizzierte in einer Grundsatzrede die Vorhaben zur Verwaltungsmodernisierung im Rahmen des Regierungsprogramms „Digitale Verwaltung 2020“. Ziele der Bundesregierung sind effiziente elektronische Verwaltungsarbeit im Bund (z.B. Einführung der elektronischen Akte bis 2020) und - zusammen mit Ländern und Kommunen - einfache und schnelle, weil über die Ebenen hinweg elektronische staatliche Dienstleistungen. Der Bund sucht hier den engen Schulterschluss mit dem IT-Planungsrat und den Fachministerkonferenzen der Länder, um unnötige Bürokratie abzubauen und so Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen Freiräume zu schaffen.

Im Mittelpunkt des Zukunftskongresses stand der Dialog. Mit 12 Zukunftsforen, 48 Best-Practice-Dialogen und 8 Zukunftswerkstätten bot die Veranstaltung ausreichend Gelegenheit zum Austausch über Themen und Fragen der Verwaltungsorganisation und -modernisierung.

Erstmals fand im Rahmen des Zukunftskongresses auch die Verleihung der Preise des E-Government-Wettbewerbs statt. In der Kategorie „Bestes eHealth-Projekt“ errang das Bayerische Rote Kreuz (BRK) dabei mit dem Projekt „Telematik im Rettungsdienst Bayern – Elektronische Vernetzung im Rettungswesen von der Dokumentation im Rettungswagen, GPS-Tracking bis zur telemedizinischen Voranmeldung und elektronischen Protokollübergabe in das Krankenhaus“ den zweiten Platz.

Abgerundet wurde der Kongress mit einer Fachausstellung. Die Teilnehmer konnten verschiedene Themeninseln besuchen und sich über Projekte und Lösungsansätze für eine moderne Verwaltung informieren.

Im Vorfeld des Zukunftskongresses Staat & Verwaltung 2014 führte die Wegweiser GmbH Berlin Research & Strategy zusammen mit der Hertie School of Governance zum zweiten Mal das „Zukunftspanel Staat & Verwaltung“ durch. In dieser repräsentativen Studie unter der Schirmherrschaft des Bundesministers des Inneren Dr. Thomas de Maizière und mit positiver Begleitung des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städtetages wurden Entscheidungsträger der öffentlichen Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen sowie der aktuellen und geplanten Umsetzung von Modernisierungsmaßnahmen befragt.

### Deutschlandweite Studie

Ziel dieser deutschlandweiten Studie ist es, erzielte Erfolge und zukünftige Herausforderungen auf allen Verwaltungsebenen systematisch zu erheben und damit fundierte Grundlagen für aktuelle Diskussionen und Entscheidungen um drängende Modernisierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen in Staat und Verwaltung zu liefern. Auf den Verwaltungsebenen Bund, Länder, Landkreise und Städte/Gemeinden wurden insgesamt 1.189 Behörden um Teilnahme an der Befragung gebeten.

Wie die Untersuchung ergab, haben drei Herausforderungen aus Sicht der befragten Behörden für die öffentliche Verwaltung in Deutschland heute oberste Priorität: 1. budgetärer Druck und Einsparungen und damit zusammenhängend die Notwendigkeit von einsparungsorientierten Maßnahmen wie Aufgabenkritik, Strukturbereinigung und Prozessoptimierung; 2. Digitalisierung und der Einsatz neuer E-Government Lösungen, sowohl für verwaltungsinterne Abläufe wie auch für Leistungen an Bürger und Unternehmen; 3.

eine Neuausrichtung bzw. weitere Professionalisierung des Personalbereichs mit Fokus auf eine demographieorientierte Personalpolitik, die Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Verwaltung als Arbeitgeber sowie Maßnahmen der Führungskräfte- und Personalentwicklung.

Behördenleitungen sind zunehmend gefordert, das Spannungsfeld von sinkenden Ressourcen einerseits und gleichzeitiger Notwendigkeit von Veränderungen und Investitionen in den anderen beiden Bereichen andererseits zu balancieren und entsprechende Maßnahmen konsequent voranzutreiben.

### Erhebliche Umsetzungslücken

Für alle drei zentralen Handlungsfelder Einsparungen, Digitalisierung und Personalmanagement zeigt das Zukunftspanel erhebliche Umsetzungslücken, auch bei Maßnahmen, die von den Behördenleitungen als zweckmäßig erachtet werden. Dies betrifft Maßnahmen zur Realisierung von Einsparungen wie Prozessoptimierung, Aufgabenkritik, Shared Services oder Effizienzuntersuchungen, aber insbesondere auch Maßnahmen der Digitalisierung. Bei der Mehrheit der befragten Behörden nimmt die Digitalisierung keinen hohen Stellenwert ein, und erst weniger als ein Drittel der Behörden hat bisher eine eigene digitale Strategie entwickelt. Online-Angebote für bürger- und unternehmensbezogenen Dienstleistungen, mobile Government-Anwendungen oder die E-Akte sind bei fast 85% der Behörden noch nicht umgesetzt.

Als größte Chancen der Digitalen Agenda 2014-2017 sehen die Behördenleitungen Vereinfachungen bzw. Erleichterungen im Verwaltungsalltag, eine verstärkte Bürger-/Kundenorientierung der Verwaltung sowie einen generellen Innovationsschub für den öffentlichen Sektor. Für die Umsetzung werden eine bessere Koordination im föderalen System, Fragen der IT-Sicherheit und mehr Mittel für den Infrastrukturausbau als kritische Erfolgsfaktoren erachtet. Eine klare Mehrheit der Befragten hält die Integration der Länder, Kommunen und des IT-Planungsrates bei der Umsetzung der Digitalen Agenda für erforderlich und sieht die Notwendigkeit, dass die Bundesländer dem Vorbild des Bundes folgend eine eigene Digitalisierungsstra-

tegie erarbeiten bzw. E-Government-Gesetze erlassen.

Die Ergebnisse lassen auch eine erhebliche Skepsis gegenüber verschiedenen Technologietrends und Reformansätzen erkennen. Sehr gering ist etwa die Akzeptanz und Umsetzungsbereitschaft bei Technologietrends wie Web-Tracking, Open Data, Cloud Computing und Big Data. Aber auch andere Reforminitiativen und -ansätze wie die Digitalisierung der Behördennummer 115, die Bürokratiemessung mit qualifizierten Zielvorgaben, öffentlich-

private Partnerschaften oder die Einführung europäisch einheitlicher Rechnungslegungsstandards (EPSAS) stoßen auf erhebliche Skepsis in der deutschen öffentlichen Verwaltung.

Dem Personalbereich kommt in vielfacher Hinsicht eine zentrale Rolle zu. Demografieorientierte Personalpolitik wie auch die Attraktivität der öffentlichen Verwaltung werden als zentrale Herausforderungen gesehen, gleichzeitig zeigen die Ergebnisse, dass viele Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität erst ansatzweise

umgesetzt sind. Gerade auch im Hinblick auf eine erfolgreiche Führung der Behörden wird hoher Handlungsbedarf etwa bei der Motivation der Mitarbeiter, leistungsgerechterer Entlohnung, vorausschauender Personalentwicklung oder Führungskräfteentwicklung gesehen. Die Studie bestätigt auch die steigende Relevanz von neuen Führungskompetenzen und -qualitäten, um den Ansprüchen einer stärkerer vernetzten und digitalisierten Arbeitswelt besser gerecht zu werden. **DK**

## „Gemeinden müssen Förderung voll ausschöpfen!“

Landtagsabgeordnete Stöttner und Lederer informieren sich über Breitbandausbau beim Rosenheimer Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung

**Landkreis Rosenheim. Deutlich unter 16 Megabit pro Sekunde – Mit derartigen Übertragungsraten im Schnecken tempo müssen viele Bürgerinnen und Bürger in unserer Region derzeit leben. Diese Geschwindigkeit ist vor allem für Firmen, die oft und in kurzen Zeitabständen große Datenmengen per E-Mail übertragen müssen, nicht mehr ausreichend und keinesfalls zukunftsweisend. Der Freistaat Bayern hat deshalb ein in der EU noch nie da gewesenes Förderpaket mit einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro für den Breitbandausbau auf den Weg gebracht.**

Damit sollen Daten zukünftig mit bis zu 50 Megabit pro Sekunde übermittelt werden können; mehr als dreimal so schnell wie jetzt. Über die Umsetzung des Breitbandausbaus vor Ort durch die Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, haben sich nun die beiden Rosenheimer CSU-Landtagsabgeordneten Otto Lederer und Klaus Stöttner beim Leitenden Vermessungsdirektor des Rosenheimer Amtes, Wilhelm Weindl, und dem Vermessungsdirektor, Richard Schreiner, informiert.

### „Beruf und Familie besser vereinen“

Der Breitbandausbau in den Kommunen soll in den nächsten Monaten stark vorangetrieben werden und könnte in zwei Jahren in einigen Gemeinden auch schon umgesetzt sein. Darüber waren sich alle Beteiligten des Gesprächs einig. „Nur wenn wir es schaffen, Verbindungen mit einer höheren Leistung als bisher einzurichten, können wir die Zukunft unserer Region auf feste Füße stellen und das Potential unseres ländlich geprägten Raums voll ausschöpfen“, erklärte der Landtagsabgeordnete Klaus Stöttner.

Dem stimmte auch sein Landtagskollege Otto Lederer zu, der weiter betonte: „In der Zukunft wird es für uns immer wichtiger sein, dass berufstätige Eltern auch von Zuhause aus tätig werden können, um Beruf und Familie noch besser zu vereinen. Die Gemeinden dürfen es darum nicht verpassen, die Förderung des Freistaats voll auszuschöpfen!“ Ein darüber hinausgehendes Förderprogramm werde es in Bayern aller Voraussicht nach nicht geben, fügte Lederer an.

„Um das schnelle Internet in die Fläche zu bringen, ist es wichtig, dass jeder noch so weit vom Zentrum entfernte Ortsteil eine möglichst kurze Strecke zum nächsten Kabelverteilerzentrum mit Glasfaserkabel hat“, so die Landtagsabgeordneten Lederer und Stöttner weiter. Wie Weindl dazu erklärte: „Hier sind die Bürgermeister in den Gemeinden gefragt, im Gespräch mit den Telekommunikationsfirmen auf die Anbindung aller Ortsteile zu beharren. Das Geld für die Bezuschussung der Anbindung der entlegenen Orte steht in den allermeisten Fällen vom Freistaat zur Verfügung!“

Probleme mit der finanziellen Umsetzung der neuen Breitbandleitungen wird es demnach in den wenigsten Gemeinden geben. Absolutes Ausnahmebeispiel ist die Gemeinde Chiemsee mit den beiden Chiemsee-Inseln. Die Fraueninsel mit ihrem Kloster ist bei-

den soll. Mögliche, zukunftsorientierte Lösungen sind durch die Gemeinde Chiemsee alleine jedoch kaum finanziell zu schultern, so Wilhelm Weindl und Richard Schreiner vom Vermessungsamt im Konsens.

### Stöttner sucht Kontakt zu Finanzminister Söder

Der zuständige Stimmkreisabgeordnete Klaus Stöttner will sich nun aufgrund der besonderen Lage der Gemeinde Chiemsee an Bayerns Finanzminister, Dr. Markus Söder, wenden, um ihn für diese Sondersituation zu sensibilisieren. **C**

**V. l.: CSU-Landtagsabgeordneter Klaus Stöttner, Vermessungsdirektor Richard Schreiner, Leitender Vermessungsdirektor Wilhelm Weindl und CSU-Landtagsabgeordneter Otto Lederer. C**



**STERNBERG**  
Mit uns besser Beraten

www.sitzungsdienst.net

Nach neuer Förderrichtlinie abgeschlossen:

## Bayernweit erstes Breitbandprojekt in Schorndorf

In nur drei Monaten Bauzeit hat die amplus AG aus Teisnach bereits Ende Juli das bayernweit erste Breitbandprojekt nach dem überarbeiteten 1,5 Mrd. Euro schweren Förderprogramm fertig gestellt: Die Gemeinde Schorndorf in der Oberpfalz. Anfang September wurde das Netz durch Finanzstaatssekretär Albert Füracker, 2. Bürgermeister Martin Bauer und den Vorstandsvorsitzenden der amplus AG, Christof Englmeier, offiziell in Betrieb genommen. Dazu fand im Vorfeld eine Pressekonferenz im Rathaus statt. Anschließend folgte die Schaltung am Kabelverzweiger (KVz) im Gemeindeteil Nanzing.

Insgesamt profitieren über 500 Haushalte der Gemeinde Schorndorf vom Highspeed Internet der amplus AG mit bis zu 100.000 Kbit/s - in FTTH-Gebieten sogar 200.000 Kbit/s. 50 Haushalten wird die herkömmliche „letzte Meile“ Kupferleitung durch hochwertige Glasfaser ersetzt. Damit übertrifft Schorndorf den Bundesdurchschnitt bei Weitem: Beim Breitbandprojekt der Oberpfälzer Gemeinde erhalten - verglichen mit dem bundesweiten Mittel von zwei Prozent - 10% der Haushalte FTTH.

### Landkreis Cham ist Vorreiter

Die Kommune ist damit der beste Beweis für die Vorbildfunktion des Landkreises Cham: Zum einen ist der Landkreis führend in ganz Bayern in der absoluten Anzahl an Breitband- und insbesondere FTTH-Ausschreibungen. Zum anderen räumt der Landkreis Cham seinen Kommunen eine große Entscheidungsfreiheit bezüglich Erschließungskonzept und -gebieten ein.

So entschieden sich auch der Schorndorfer Gemeinderat und allen voran der 1. Bürgermeister Max Schmaderer bewusst für den zukunftsweisenden Hybrid-Ausbau der am plus AG: Anstatt nur vorhandene Kabelverzweiger (KVz) mit Glasfaser anzuschließen und sich rein auf zentrale Gemeindegebiete zu konzentrieren, erhalten abgelegene Ortsteile Glasfaser bis ins Haus (fibre to the building/home: mB/FTTH).

### Alleinstellung

Mit diesem Ausbau-Konzept sichert sich amplus eine Alleinstellung unter den Breitband-Carriern, die Gemeinde Schorndorf unter ländlichen Kommunen: Erfüllen sich die Vorhersagen mit Bandbreiten von 1 GBit/s im Endkundenbereich, muss über kurz oder lang jedes Haus direkt mit Glasfaser erschlossen werden. Kupfer, wie es beim üblichen KVz-Überbau belassen wird, kann diese Übertragungsgeschwindigkeiten aus physikalischen Gründen nicht erreichen. Den Hauptteil der

Wirtschaftlichkeitslücke von knapp 460.000 Euro kann die Gemeinde durch das bayerische Förderprogramm finanzieren. amplus investierte zusätzliche 350.000 Euro in den Ausbau des Glasfasernetzes.

### Versorgungsverantwortung geht weit über das Förderprogramm hinaus

Die Beratung in Sachen Breitband-Planungen übernahm die BBN Breitband Network GmbH (BBN) unter Federführung von Siegfried Schollerer. In der Projektschritte von 660.000 Euro enthalten ist die Erschließung der 500 Schorndorfer Haushalte. Darüber hinaus hat amplus einen Schaltverteiler (SVT) in Wilting (Nachbargemeinde Traitsching) eigenwirtschaftlich ausgebaut. Damit erhalten zusätzliche 300 Haushalte ihre Breitbandanbindung inklusive Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 100.000 Kbit/s direkt aus Schorndorf.

Sein einzigartiges Geschäftsmodell - gekennzeichnet durch die transparente Tarifstruktur - erlaubt es dem Teisnacher Internetanbieter, auch diese kleineren Gemeindeteile auf eigene Kosten und dennoch betriebswirtschaftlich sinnvoll auszubauen - und zwar außerhalb staatlicher Unterstützung durch Fördergelder. Der Grundgedanke des eigenwirtschaftlichen Ausbaus besteht in der

Versorgungsverantwortung, der sich amplus freiwillig verpflichtet.

### „Schnelles Internet für Jeden“

Die Unternehmensphilosophie lautet „Schnelles Internet für Jeden.“ Jedoch können abgelegene Gemeindegebiete aus Wirtschaftlichkeitsgründen meist nicht mitversorgt werden. Damit gibt sich Christof Englmeier, Vorstandsvorsitzender der amplus AG, nicht zufrieden: „Sobald wir mit einer Gemeinde zusammenarbeiten, bekommt jede Kommune das individuell für sie passende Konzept. Dazu gehört nun mal, dass wirklich jeder die Möglichkeit erhält, mit Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 200.000 Kbit/s zum Informationszeitalter aufzuschließen.“ Konzept, Bauplanung und Technik stammen von amplus, einzig allein den Tiefbau vergab der Carrier an die BiST Tiefbau GmbH & Co.KG aus Böbrach.

### Partnerschaftliche Zusammenarbeit

Die rasche Fertigstellung und technische Umsetzung des Schorndorfer Breitband-Vorhabens ist dabei der partnerschaftlichen Zusammenarbeit aller Beteiligten zu verdanken: Den Schorndorfer Gemeindevertretern, den Landkreisverantwortlichen, dem Beratungsunternehmen, dem Tiefbauunternehmen und den Projektleitern der amplus AG.

Der Chamer Landrat Franz Löffler, der sich intensiv für praxisnahe Förderrichtlinien und die deutliche finanzielle Entlastung der Kommunen eingesetzt hat, spricht der Gemeinde Schorndorf und der amplus AG ebenfalls ausdrücklich seinen Dank für

**Übergabe des Förderbescheids an die Gemeinde Schorndorf. Von links: Bürgermeister Max Schmaderer, Finanzminister Dr. Markus Söder und Finanzstaatssekretär Albert Füracker. ☛**

die schnelle Umsetzung des Projekts zum Wohle der Bürger und der Unternehmen aus.

### Überarbeitetes Förderprogramm für Hochgeschwindigkeitsnetze

Das erste Ausbauprogramm der Bayerischen Staatsregierung (2008 bis 2011) hatte die Herstellung der Breitband-Grundversorgung zum Ziel. Mit Blick auf den steigenden Bandbreitenbedarf hat die Bayerische Staatsregierung den Einstieg in die Hochgeschwindigkeitsförderung beschlossen. Seit Oktober 2013 ist das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat für den Breitbandausbau in Bayern zuständig. Hier wurde das bayerische Breitbandkonzept entwickelt. Es basiert auf dem Dreiklang: Beratung verbessern, Förderung erhöhen und Verfahren vereinfachen. So wurde das beste-

hende Förderprogramm aus dem Jahr 2012 komplett überarbeitet.

Im Juli 2014 gab die EU-Kommission ihre Zustimmung zur neuen Richtlinie. „Wir wollen kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten. Deshalb müssen wir den Ausbau von schnellem Internet bestmöglich vorantreiben“, stellte Staatssekretär Albert Füracker klar.

### 1,5 Mrd. Euro Fördermittel

„Der Freistaat stellt 1,5 Milliarden Euro Fördermittel bereit. Jetzt liegt es an den Gemeinden, diese in Zusammenarbeit mit Telekommunikationsunternehmen sinnvoll zu investieren - so wie hier in Schorndorf“, so Füracker weiter. Die Gemeinde Schorndorf in der Oberpfalz zeigt, wie wichtig das Förderprogramm für ländliche Gebiete ist und wie Fördergelder sinnvoll in Breitbandprojekte mit Übertragungsraten von mindestens 30.000 Kbit/s investiert werden. ☛

Gerade für Finanzen  
und Personal braucht  
man spezielle Lösungen.  
Und die Sicherheit,  
dass alles funktioniert.

Bei vielen Ihrer Herausforderungen begleitet Sie DATEV. Mit individueller Software, speziell für das Finanz- und Personalwesen im öffentlichen Bereich, mit einem starken Vor-Ort-Service und mit telefonischer Betreuung. Und das unter Erfüllung höchster Sicherheitsstandards. Damit ist DATEV der richtige Partner für Sie.

Rufen Sie uns an unter Tel. 0800 0114348.

[www.datev.de/public-sector](http://www.datev.de/public-sector)



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

komuna Kunden Forum 2014:

## Verwaltung – effizient und bürgernah

**Verwaltungseffizienz ohne den Blick auf den Bürger wird heute nicht mehr akzeptiert und Service allein zu Lasten der Verwaltung ist auf Dauer nicht finanzierbar. Beide Seiten müssen profitieren. Praxisgerechte Lösungen hierzu wurden auf dem komuna Kunden Forum 2014 in Altdorf bei Landshut unter dem Motto „Verwaltung - effizient und bürgernah“ präsentiert.**

Knapp 400 Besucher informierten sich drei Tage lang sowohl in interessanten Fachvorträgen hochkarätiger Referenten als auch live an insgesamt sieben Infoinseln über Neuerungen und Themen der Zukunft. Wie Geschäftsführer Franz Fuchs in seiner Begrüßung deutlich machte, stehe der Mensch auch beim komuna Kunden Forum 2014 an erster Stelle. Dies sei zu einem Teil „unserem Selbstverständnis als Partner der Kommunalverwaltung“ geschuldet, zum anderen einer Erkenntnis aus langjähriger Praxiserfahrung: „Gute Lösungen beginnen mit aufmerksamem Zuhören und offenen Gesprächen.“ Seit nunmehr 20 Jahren steht komuna ihren Kunden mit individueller Beratung, innovativen Softwarelösungen und umfassenden Serviceleistungen zur Seite.

### Auf dem Boden der Tatsachen

Fuchs zufolge hat die komuna euphorische und fachfremde eGovernment-Visionen mit Augenmaß auf den Boden der Tatsachen geholt – getreu dem Motto „Zufriedenes Rathaus – zufriedene Bürger“. In Kooperation mit bundesweit marktführenden Softwareherstellern werden nur effiziente und erprobte Lösungen ausgewählt und an die speziellen kommunalen Bedürfnisse angepasst.

### Rathaus Service-Portal

Beispiel Rathaus Service-Portal (komuna.RSP): Damit gelangen die Bürger mit der Maus ins Rathaus. Diese „Rund um die Uhr Serviceleistung“ offerieren mittlerweile über 200 komuna-Kunden in Bayern ihren Bürgern und sorgen somit für eine bürgerfreundliche und medienbruchfreie Verwaltung. Das Ergebnis: Zukunftssicherheit mit der elektronischen Identität (eID) des nPA.

Beispiel Rathaus Informationssystem (komuna.RIS): Dem Benutzer wird eine einheitliche Programmbedienung und Oberfläche in allen Bereichen garantiert: Dokumentenmanagement, Sitzungsdienst mit Ratsinfo / Sitzungsdienst und Archivierung. Eine Be-

sonderheit daraus ist die direkte Integration von CIP – Archiv in die Finanzwesen-Software. Das Ziel: das digitale Verwaltungssystem der Zukunft.

### Bürger-APP

Beispiel Bürger-APP (komuna.APP): Online-Behördengänge über das Handy und aktuelle, überall verfügbare Informationen aus Rathaus, Verwaltung und Wirtschaft – Mit dieser Kombination von mobilem eGovernment und Information bietet die Bürger-APP zukunftsorientierten Service für Bürger und Gäste.

Beispiel Digitales Meldewesen (komuna.einwohner) – auch mit Unterschrift: In der Kombination MESO – eAkte – Bürgermonitor – Unterschriftstafel werden auch Vorgänge mit persönlicher Unterschrift medienbruchfrei abgewickelt.

### Kommunales Finanzwesen

Beispiel Kommunales Finanzwesen (komuna.finanz): Der elektronische Rechnungslauf erweitert CIP – Archiv, die Archivierung im Finanzwesen. Vom Posteingang bis zum Kassenvollzug wird der Workflow in allen Stufen transparent und effizient unterstützt.

Beispiel Rechenzentrumsbetrieb (komuna.RZE): Eine Möglichkeit, dem ständig steigenden Aufwand im Bereich kommunaler IT zu begegnen, ist die Auslagerung in einen Rechenzentrumsbetrieb. Umfassender Service und maximale Entlastung für die Kommune stehen hier im Mittelpunkt – ein Rundum-Sorglos-Paket, das im Rathaus für freie Ressourcen sorgt.

### IT-Dienstleistungen

Beispiel IT-Dienstleistungen (komuna.SYS): Erfahrene Experten sorgen für IT-Dienstleistungen, die alle kommunalen Anforderungen beherrschen. Ob ganze Netzwerksysteme oder Beratung zu speziellen Fragen: Die komuna-Systemlösungen werden individuell konzipiert, schlüsselfertig installiert und eingerichtet.

Beispiel Friedhofsverwaltung (komuna.friedhof): Das Friedhofsinformationssystem eFRIED er-

möglicht eine effiziente Bearbeitung aller Daten und Vorgänge rund um die Friedhofsverwaltung. Mit eFRIED GIS können Friedhofspläne kostengünstig digital verwaltet werden.

### Strategische Zukunftslösung VOIS

Erstmals präsentierte Stephan Hauber, Geschäftsführer der brandenburgischen HSH Software und Hardware Vertriebs GmbH, einem breiten Publikum in Bayern die strategische Zukunftslösung VOIS aus dem Hause HSH. Die wesentlichen Funktionen von

VOIS zielen auf die Beteiligung und Einbeziehung des Bürgers in das Verwaltungshandeln, auf die Interaktion von Bürgerinnen und Bürger mit der Verwaltung sowie auf die effiziente Vernetzung von Behörden untereinander – auch über Verwaltungshierarchien hinweg.

### Das Meldewesen effektiver gestalten

Mit ihrem Produkt HSH MESO ist die Firma HSH einer der Marktführer im Bereich Software für Einwohnermeldeämter und hat damit einen sowohl rechtlichen als auch technischen Blick auf die Auswirkungen und die bisherigen Strukturen im deutschen Meldegesetz. Wie Hauber hervorhob, gibt es viele denkbare Ansätze, das Meldewesen effektiver und transparenter zu machen. Auch über dieses Thema wurde beim komuna Kunden Forum 2014 angeregt diskutiert. **DK**

Oberfränkischer Breitbandgipfel in Kulmbach:

## „Herkulesakt“ schnelles Internet

**„Ohne Breitband kein Gewerbe, ohne Gewerbe keine Arbeitsplätze, ohne Arbeitsplätze keine Menschen“, hob Finanzstaatssekretär Albert Füracker beim 2. Oberfränkischen Breitbandgipfel in Kulmbach hervor. Breitband und Digitalisierung seien entscheidende Schlüssel für die wirtschaftliche Zukunft, so der CSU-Politiker bei der von der Industrie- und Handelskammer in Bayreuth, der Handwerkskammer Oberfranken und dem IT-Cluster Oberfranken veranstalteten Tagung.**

Der Breitbandausbau stellt das größte Infrastrukturprojekt dieser Legislaturperiode dar. Rund 1,5 Milliarden Euro investiert der Freistaat, um den flächendeckenden Ausbau von Breitband voranzutreiben. In Kulmbach stellte der Staatssekretär die Bayerische Breitbandstrategie vor. Sie basiert auf dem Dreiklang „Verfahren vereinfachen, Förderung erhöhen, Beratung verbessern“.

Füracker zufolge wird der Arbeitsaufwand für Kommunen im Förderverfahren künftig erheblich reduziert. Eine Kommune soll selbst über das auszubauende Gebiet entscheiden dürfen. Der bisherige Fokus auf Gewerbestandorte soll entfallen. Der Bedarf an „schnellem Internet“ wird künftig unterstellt und muss nicht mehr aufwendig ermittelt werden. Telekommunikationsunternehmen müssen künftig schneller entscheiden, ob sie eigenwirtschaftlich ausbauen oder nicht.

Sowohl die Förderhöchstbeträge als auch die Fördersätze werden deutlich erhöht. So kann eine Kommune im Einzelfall bis zu einer Million Euro Förderung erhalten, wenn sie mit anderen Kommunen zusammenarbeitet.

### Kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten

Seit 1. Januar 2014 berät und betreut ein Breitbandmanager pro Landkreis die Kommunen vor und während des Förderverfahrens. Als Berater stehen speziell geschulte Mitarbeiter der 51 Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung und ihrer 22 Außenstellen den Kommunen zur Seite. Fürackers Resümee: „Wir wollen kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten, wir wollen einen wirtschaftlich starken und prosperierenden ländlichen Raum, wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern – und dafür brauchen wir die Digitalisierung und eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet.“

Die Kommunen in Oberfranken gehen das Thema Breitbandausbau unterschiedlich an. 92 der 196 Kommunen im Kammerbezirk der IHK für Oberfranken haben schon an früheren Breitbandprogrammen teilgenommen oder den Einstieg in das neue Programm vollzogen. Das entspricht einer Quote von 45 %. In den einzelnen Landkreisen sieht das durchaus unterschiedlich aus. Während im Landkreis Wunsiedel bereits 82 % der kreisangehörigen Städte und Gemeinden aktiv geworden sind, sind es im Landkreis Forchheim nur 14 %.

Ein Leuchtturm bei der Umsetzung des Programmes ist die Stadt Kulmbach, die Oberbürgermeister Henry Schramm zufolge als zweite Kommune in Oberfranken ihren Förderbescheid erhalten und die Ausbauplätze mit dem Netzanbieter unterzeichnet hat. Wie Schramm erläuterte, ist schnelles Internet für Wohn- und Betriebsansiedlungen wichtig. Die erste Frage gelte der Internetverbindung – „noch vor dem Quadratmeterpreis“. Denn mittlerweile sei jeder Lebensbereich vom Internet betroffen.

Wie IHK-Präsident Heribert Trunk darlegte, werde die Erschließung Oberfrankens mit schnellem Internet ein Herkulesakt. „Wir wollen die erste Regi-

on in Bayern sein, die flächendeckend das Breitbandprogramm nutzt. Das wäre nicht nur ein ungeheurer Imagegewinn, sondern vor allem für unsere Unternehmen wichtig, die im nationalen und internationalen Wettbewerb stehen.“

Für HWK-Hauptgeschäftsführer Thomas Koller ist klar: „Das schnelle Internet entscheidet über die Wettbewerbsfähigkeit einer Region“, denn schließlich sei das weltweite Netz wichtig für die Kommunikation mit Kunden, Geschäftspartnern und Lieferanten sowie für das Übermitteln von technischen Daten und Konstruktionsplänen. „Das Datenvolumen steigt täglich“, machte Koller deutlich.

Dass sich die Speicher-Technologie mehr und mehr ins Internet, in die so genannte Cloud, verlagert, betonte Claus Huttner vom IT-Cluster Oberfranken. „Was nutzt aber die größte Cloud, wenn nur ein langsamer Zugriff darauf besteht?“, führte Huttner aus.

Als best practice präsentierte Egloffsteins Bürgermeister Stefan Förtsch die interkommunale Planungsvereinbarung der Gemeinden Egloffstein, Gößweinstein und Obertrubach. Diese begreifen die flächendeckende Erschließung mit Breitbandzugängen als eine elementare kommunale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Das Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung aus Bamberg steht den Kommunen beratend zur Seite.

Zwischenzeitlich stimmten die Gemeindevertretungen aller drei Kommunen der weiteren Vorgehensweise zu. Die Nachbargemeinden Hiltlpolstein und Pottenstein schließen sich an, weitere Partner sind willkommen. Diese den Landkreis übergreifende Aktion wird von staatlicher Seite entsprechend gefördert.

In der ersten Stufe sind unter den Aktivitäten zehn Schritte vorgesehen. Darunter sind die Ermittlung und Dokumentation der derzeitigen kabel- und funkgebundenen Breitbandversorgung, die Ermittlung und Dokumentation weißer und grauer Flecken oder auch die Entwicklung eines technischen und wirtschaftlich optimalen Versorgungskonzepts.

Nachdem alle Ergebnisse vorgestellt wurden, kann darüber entschieden werden, die Planungen entweder einzustellen oder aber die zweite Stufe in Angriff zu nehmen. An deren Ende steht die Realisierung des Breitbandprojekts.

### Breitbandpate

Als sogenannter Breitbandpate firmiert in dieser Angelegenheit Bürgermeister Förtsch. Bei ihm sollen die Fäden zusammenlaufen. Das Amt für die Breitbandversorgung unterstützt die 19 Förder-schritte.

Am Ende ist die Versorgung mit 30 bis 50 MBit das Ziel. Die Kosten der Planung und Analysen belaufen sich auf 7.400 Euro pro Gemeinde. Durch die interkommunale Zusammenarbeit erhält jede Kommune ein Startgeld von 5.000 Euro. Diese Mittel kommen vom Breitbandzentrum für Bayern in Amberg.

Für die spätere, eigentliche Förderung des Ausbaus steht dann die Regierung in der Pflicht. Die beteiligten Kommunen versprechen sich wesentliche Synergieeffekte durch die Gesamtplanung. **DK**

**Großer Publikumsandrang: Knapp 400 Besucher informierten sich beim komuna Kunden Forum drei Tage lang über effiziente und bürgernahe Verwaltungsmodelle.**

## Countdown für it-sa und Congress@it-sa läuft

**Die it-sa 2014 steht vor der Tür: Vom 7. bis 9. Oktober zeigen rund 380 Aussteller im Messezentrum Nürnberg aktuelle Lösungen zum Schutz vor Viren, Trojanern & Co. Im begleitenden Kongressprogramm Congress@it-sa erwarten die Teilnehmer zehn Themenblöcke mit passgenauen Informationen zu Trends in der Cybersicherheit, zum Beispiel industrielle IT-Security, Schutz für Rechenzentren oder Application Security und Advanced Threats.**

Die Messe- und Kongressteilnehmer dürfen sich zur it-sa 2014 und zu Congress@it-sa auf ein umfangreiches Informationsangebot freuen: An den Messeständen und in den drei offenen Foren mit Fachvorträgen informieren Unternehmen, Institutionen und Verbände über die neuesten Trends und aktuelle Entwicklungen im Bereich der IT-Security. „Mit einer Rekordbeteiligung von etwa 380 erwarteten Ausstellern wird die it-sa in diesem Jahr eine neue Bestmarke setzen. Zahlreiche Aussteller haben ihre Messestände zur it-sa 2014 zudem noch einmal er-

weitert. Damit bietet die it-sa einen einzigartigen Marktüberblick, der seinesgleichen sucht“, erklärt Veranstaltungsleiter Frank Venjakob, NürnbergMesse.

Zusätzliches Know-how bietet Congress@it-sa: Bereits ab dem 6. Oktober stehen den Teilnehmern zehn Vortragsreihen und Workshops offen, darunter mehrere kostenfreie Angebote.

Weitere Informationen zum Kongressprogramm und den jeweiligen Anmeldemodalitäten gibt es unter: [www.it-sa.de/kongress](http://www.it-sa.de/kongress)

„IT-Sicherheit ist das Rückgrat einer digital vernetzten Wirtschaft. Die Politik hat das Thema deshalb zu einem zentralen Handlungsfeld erhoben“, betont Frank Venjakob. Hochrangige politische Gäste wie Brigitte Zypries, parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Michael Hange, Präsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, Prof. Dieter Kempf, Präsident des BITKOM und Martin Schallbruch, IT-Direktor der Bundesregierung, haben sich zur it-sa angekündigt.

Parallel zur it-sa finden Veranstaltungen wie der IT-Grundschutztag des BSI statt, der in diesem Jahr unter dem Motto Identitäts- und Berechtigungsmanagement steht. Highlight im Kongressprogramm ist die Jahrestagung der IT-Sicherheitsbeauftragten der Länder und Kommunen, die zum zweiten Mal stattfindet – wie im letzten Jahr unter dem Dach von Congress@it-sa.

Alle Aussteller und ihre aktuellen Produktinformationen unter: [www.it-sa.de/aussteller-produkte](http://www.it-sa.de/aussteller-produkte)

## App aufs Amt!

Die universelle Bürger-App für Ihre Verwaltung:

Online-Behördengänge über das Handy und aktuelle, überall verfügbare Informationen aus Rathaus, Verwaltung und Wirtschaft. komuna hat die innovative Lösung für die individuelle Bürger-App Ihrer Kommune.

[www.komuna.de](http://www.komuna.de)

08 71 / 973 85-0





Stadtwerke München:

## Weichenstellungen für die digitale Zukunft

Die SWM sind das kommunale Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen der Landeshauptstadt München und ihrer Region. Mit zukunftsweisenden Infrastrukturmaßnahmen wie beispielsweise dem Glasfaser-Netzausbau tragen sie einen wichtigen Teil zur kommunalen Daseinsvorsorge und somit zur Wirtschaftskraft und zur Lebensqualität in München und der Region bei, wie Dr. Jörg Ochs, Leiter der Telekommunikation bei den SWM, in einem Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterte.

120 Mitarbeiter sind bei den Stadtwerken München im Bereich Telekommunikation mit den Segmenten normale Telefonie, Sprach- und Datennetze, IT-Sicherheit und Sondertelefonie beschäftigt. Der Umsatz liegt bei jährlich ca. 30 Mio. Euro. Die Stadtwerke München sind der größte öffentliche Tetra-Netz-Betreiber in Deutschland und decken dort ca. 4.000 Quadratkilometer mit digitalem Bündel-Funk ab.

### Telekommunikation hat bei SWM lange Tradition

Nach Ochs' Darstellung hat die Telekommunikation bei den SWM eine lange Tradition: So wurde bereits 1900 im Bericht der Städtischen Elektrizitätswerke München für das Geschäftsjahr 1901 aufgeführt: „Die Länge der verlegten Telefonkabel beträgt 15.720 Meter.“ In späteren Geschäftsberichten (1908/1909) wird ausgeführt, dass die Telefonkabel mit den 5-kV-Drehstromkabeln verlegt wurden.

Auch zu dem im Jahr 1907 in Betrieb genommenen ersten Uppenbergkraftwerk bei Moosburg bestand von München aus mit „zwei schwachen Bronze-Drähten“ auf der 53 km langen 50-kV-Freileitung (erste Leitung mit dieser hohen Spannung in Deutschland) eine Betriebsleitung. Ebenso war das 1913 in Betrieb genommene Leitzachkraftwerk über ein 39 km langes Fernsprechkabel (2x2x1,5 mm<sup>2</sup>), das parallel zu den beiden 25-kV-Kabeln verlegt wurde, mit der Landeshauptstadt verbunden.

### Anbindung städtischer Dienststellen

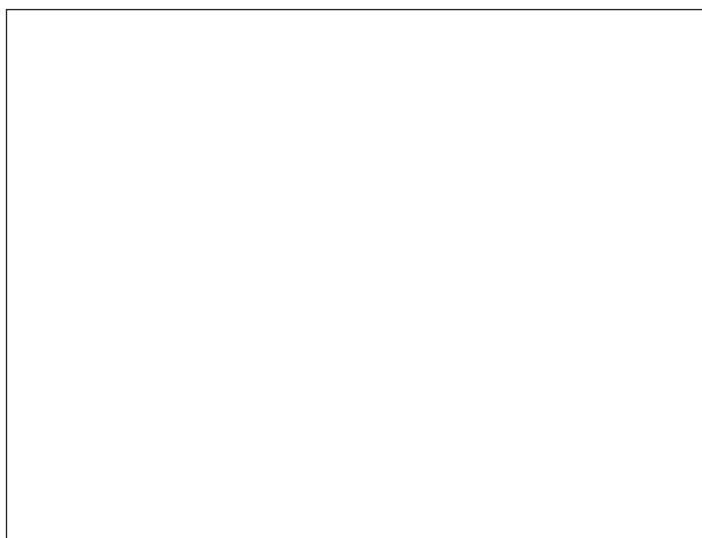
In den 1950er Jahren wurden Fernmeldekabel zur Verbindung der Umspannwerke gelegt und in den 60er Jahren begann man mit der Erschließung der Trafostationen in Verbindung mit Nieder- und Hochspannungskabellegungen sowie der Vernetzung der Polizeireviere und Aufschaltung des Polizeifunks bis 1972. Die 70er Jahre waren geprägt von der Vernetzung der Sportstätten zur Olympiade 1972 sowie der Anbindung städtischer Dienststellen an die Telefonzentrale. In den 80er Jahren wurde die Fernmeldekabelstrecke vom Forstenrieder Park nach Oberau sowie die Verbindung Rossmarkt – Ostbahnhof gebaut; 1988 fand die erste Lichtwellenleitung von der Zentralnetzleitstelle Unterföhring nach Karlsfeld große Beachtung.

In den 1990er Jahren wurde die erste Siemens Hi-Com Anlage auf den Markt gebracht; zudem stand der Ausbau der LWL-Verbindungen im Rahmen des Netzinformationssystem (NIS) auf der Agenda. 1996 wurde M-net, ein regionaler Telekommunikationsanbieter in Bayern, dessen Hauptgesellschafter die Stadtwerke München sind, gegründet. 2008 umfasste das LWL-Netz bereits ca. 12.000 km Kabel- und 130.000 km Faserlänge, das Kupfernetz hatte eine

Drahtlänge von ca. 300.000 km.

### Ausbau des Glasfasernetzes

Die Datenmengen, die im Internet übertragen werden, wachsen weiter rasant. Die Kapazität



Dr. Jörg Ochs, Leiter der Telekommunikation bei den SWM. ☒

der bestehenden Kupferleitungen, mit denen die DSL-Verbindungen betrieben werden, ist aber schon jetzt nahezu ausgeschöpft. Gemeinsam mit M-net treiben die SWM daher den Ausbau des Glasfasernetzes in München voran und investieren dafür insgesamt 250 Millionen Euro, ca. 165 Millionen Euro allein die SWM.

### Wirtschaftlicher Bau und Betrieb des Netzes

Bislang haben M-net und SWM bereits rund 32.000 Gebäude, sprich ca. 350.000 Haushalte, zum größten Teil innerhalb des Mittleren Rings mit Glasfaseranschlüssen ausgestattet - das ist die Hälfte des gesamten Münchner Wohnungsbestands. Das Glasfasernetz mit einer Grabenlänge von ca. 850 Kilometern und einer Faserlänge von 300 Mio. Metern wird vorrangig in Stadtgebieten mit einer relativ hohen Bevölkerungsdichte, mit Nähe zum bestehenden Glasfasernetz und in Neubaugebieten schrittweise und nachhaltig weiter ausgebaut. So ist gewährleistet, dass Bau und Betrieb des Netzes wirtschaftlich erfolgen.

### Spitzenreiter

München gehört damit zu den Spitzenreitern dieser Technologie in Europa. SWM und M-net schaffen eine Infrastruktur, die auch in vielen Jahren noch ausreichen wird, um datenintensive Anwendungen zu nutzen. Ein bedeutender Vorteil für den Wirtschaftsstandort München: Eine schnelle und sichere Datenübertragung kann für Unternehmen geschäftsentscheidend sein.

### Vereinfachte Prozesse

Große Bandbreiten werden beispielsweise fürs Cloud-Computing benötigt, also für webbasierte Netzwerke, für Videokonferenzen und für Online-Backups. Auch das „Internet der Dinge“, bei dem Geräte miteinander vernetzt werden, spielt eine immer größere Rolle. Pro-

zesse werden auf diese Weise vereinfacht und Unternehmen bleiben konkurrenzfähig. Mit dem Glasfasernetz stellen die SWM schon jetzt die Weichen für die digitale Zukunft.

### IT-Rathaus München

2013 wurde im Münchner Technologiepark M-Campus der Grundstein für das IT-Rathaus München (ITRM) gelegt. Jörg Ochs zufolge entsteht dort im Auftrag der Stadtverwaltung unter anderem ein neues Rechen- und Druckzentrum. Das

Rund 20 weitere Standorte im Stadtgebiet sind bereits konkret in Planung, darüber hinaus werden zusätzliche Standorte untersucht.

„Von den Energieversorgern wird seitens der Gemeinden immer öfter freies öffentliches WLAN als neue Dienstleistung gefordert“, machte Ochs deutlich. Zum einen stellt es für die Bürger ein interessantes Angebot dar, zum anderen können Verwaltungsprozesse optimiert werden, etwa durch die Bestrebungen von Gemeinden, zunehmend auf Online-Formulare umzustellen.

### Zahlreiche Nachfragen

Entsprechend gebe es z. B. von Seiten städtischer Referate oder Kliniken zahlreiche Nachfragen. Knackpunkt sei allerdings die Finanzierung. Vor diesem Hintergrund gelte es, intelligente Geschäftsmodelle zu finden. Im Übrigen, so Ochs, habe auch der rechtliche Aspekt – siehe Haftungsfrage – lange Zeit ein Problem dargestellt. Viele Kommunen hätten sich davor gescheut, WLAN aufzubauen. Die neue Breitbandinitiative der Staatsregierung weise nunmehr darauf hin, dass Betreiber von offenen WLANs nicht länger dafür geradestehen müssen, wenn Gäste das freie Netz für Straftaten missbrauchen.

### IT-Sicherheit

„Grundsätzlich investieren die Stadtwerke München sehr viel in die IT-Sicherheit“, hob Ochs abschließend hervor. Allein in seiner Abteilung kümmerten sich mehr als zehn Mitarbeiter rund um die Uhr nur um das Thema Sicherheit. Im Betrieb seien Virens Scanner, zudem 16 Firewalls und Präventionssysteme, die auch Anomalien im Netzwerk erkennen und determinieren. Zudem würden jährliche Penetrationstests durchgeführt, „das heißt wir heuern in unterschiedlichen Verfahren Hacker an und lassen unser Netz mittels Black-Box- und White-Box-Tests überprüfen“.

Während die beauftragten Sicherheitsunternehmen bei einem Black-Box-Test mit öffentlich bekannten Informationen versuchen, in das Kommunikationsnetz der Stadtwerke München einzudringen, werden beim White-Box-Test zusätzliche vertrauliche Informationen bekannt gegeben. **DK**

Breitband im Landkreis Regensburg:

## Die weißen Flecken sollen verschwinden

Breitbandtag am 2. Oktober - Für den Landkreis stehen bis zu 30 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung

Beilngries. (RL) Bei der Bürgermeisterkonferenz in Beilngries informierten Josef Ledermann vom Ingenieurbüro Ledermann und Hans Pechtl, Breitbandbeauftragter des Landkreises, über den aktuellen Stand des Breitbandprojekts. Landrätin Tanja Schweiger drängt darauf, sehr bald eine zufriedenstellende Breitbandversorgung in allen Gemeinden des Landkreises umzusetzen, um den Wirtschafts- und Lebensraum Regensburg weiter zu stärken und zukunftsfähig zu halten. „Die weißen Flecken bei der Breitbandversorgung im Landkreis sollen verschwinden“, forderte die Landrätin.

Der Kreistag hatte für die Förderung des Breitbandprojekts bereits im letzten Jahr insgesamt 1,5 Millionen Euro (je 500.000 Euro in den Jahren 2014, 2015 und 2016) an eigenen Mittel zur Verfügung gestellt. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister waren sich einig, die 500.000 Euro aus diesem Jahr auf das nächste Jahr zu übertragen. Eine Verteilung der Fördermittel soll erst erfolgen, wenn klar ist, welche Angebote die Gemeinden von den Telekommunikationsanbietern erhalten und welchen Eigenanteil jede Gemeinde tatsächlich zu finanzieren hat.

### Markterkundungsphase

Beim Breitbandprojekt des Landkreises befinde man sich derzeit in der Markterkundungsphase, so Josef Ledermann. Es werde bei den Telekommunikationsunternehmen angefragt, ob sie im Landkreis Ausbaupläne haben. Dies sei wichtig, um keine Parallelplanungen zu betreiben. „Dort wo die Telekommunikationsunternehmen freiwillig ausbauen, können wir uns das Geld für Planungen sparen. Die Markterkundungsphase wird bis im November 2014 abgeschlossen sein“, erklärte Josef Ledermann. Für die Bereiche, die nicht freiwillig mit Breitband erschlossen werden, müssten Förderanträge gestellt werden.

„Seit 9. Juli gibt es eine neue Breitbandrichtlinie mit deutlich höheren Fördersätzen“, berichtete Ledermann. Die Fördersätze liegen jetzt für die Landkreisgemeinden bei 60 bis 70 Prozent pro Gemeinde, was einer Anhebung um 20 Prozent im Vergleich zum alten Förderprogramm entspricht. Auch der Höchstfördersatz ist deutlich gestiegen. Während letzterer bisher bei 500.000 Euro je Gemeinde gedeckelt war, liegt er jetzt bei ma-

ximal 950.000 Euro. Die höchstmögliche Förderung im Landkreis können damit die Gemeinden Brennbühl und Bernhardswald (jeweils bis zu 940.000 Euro) sowie die Stadt Hemau mit 930.000 Euro erhalten. Wird die Breitbanderschließung in interkommunaler Zusammenarbeit angegangen, ist, falls der Höchstbetrag bereits erreicht worden ist, eine zusätzliche Förderung in Höhe von 50.000 Euro möglich. „Das Verwaltungsmonster, das man uns im Herbst 2012 vorgesetzt hat, ist deutlich entschlackt worden“, resümierte Ledermann zur neuen Breitbandrichtlinie. Insgesamt stünden dem Landkreis – wenn man die Höchstfördersätze nimmt – bis zu 30 Millionen Euro an Fördermitteln für das Breitbandprojekt zur Verfügung.

### Zahlreiche Fachvorträge

„Wir wollen keine Bürger 1. und 2. Klasse in unserem Landkreis. Alle sollen die Möglichkeit haben, auf eine schnelle Internetverbindung zuzugreifen“, fasste Landrätin Tanja Schweiger am Ende zusammen.

Um das Thema voranzutreiben, wird auf Einladung der Landrätin am 2. Oktober im Landratsamt ein Breitbandtag stattfinden, zu dem alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Breitbandpaten des Landkreises eingeladen sind. Informationen und Erfahrungsaustausch zum Thema „Schnelles Internet“ stehen an diesem Tag von 9.30 bis 14.30 Uhr im Vordergrund. Dazu gibt es viele Fachvorträge.

Die flächendeckende Breitbanderschließung wird in den kommenden Jahren eines der Hauptthemen im Landkreis Regensburg bleiben, waren sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einig. ☒

TV BAYERN\*  
LIVE

### \* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

Datev-Jahrespressekonferenz 2014:

## Kräftiges Wachstum im ersten Halbjahr

Die Datev eG, Nürnberg, hat 2013 mit dem stärksten absoluten Jahreswachstum seit 1993 beim Umsatz erstmals den Sprung über die 800 Millionen Euro-Marke geschafft. Absolut gestiegen ist der Umsatz um 43,4 Millionen Euro auf 803 Millionen Euro. Dies entspricht einem Umsatzwachstum von 5,7 Prozent, wie Vorstandsvorsitzender Prof. Dieter Kempf bei einer Jahrespressekonferenz bekanntgab.

Das Betriebsergebnis betrug 51 Millionen Euro. Davon werden 35,4 Millionen Euro als genossenschaftliche Rückvergütung an die Mitglieder ausgeschüttet. Auch das neue Geschäftsjahr wurde Kempf zufolge wieder sehr erfolgreich begonnen. So setzte Datev im ersten Halbjahr 2014 423,7 Millionen Euro (Vorjahr: 401,9 Millionen Euro) um. Das bedeutet ein Wachstum von 5,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. „Der Umsatz-

Jahren gab es endlich und zunächst nur in Bayern die rechtliche Freigabe, dass Daten der Steuererklärung elektronisch an die Finanzbehörden übermittelt werden dürfen. Bis dato waren die grün-weißen „amtlichen Vordrucke“ für die Steuererklärung auf Papier vorgeschrieben. Das war der Startschuss für die Datev, um in einem Pilotprojekt diese elektronische Übermittlung zu testen“, erläuterte der Vorstand.

Im Mai 1995 sei dieses Vorge-

Beleg, der Wegfall der Aufbewahrungspflicht von E-Mails, wenn diesen nur Transportfunktion im Sinne des klassischen Briefumschlags zukommt, sowie die Konkretisierung der Anforderungen an ein Ersetzendes Scannen mit anschließender Vernichtung der Papierbelege.“

Kempf: „Wir gehen davon aus, dass es zu dem vorliegenden Entwurf keine wesentlichen Veränderungen mehr geben wird. Zufriedenheit sieht also anders aus. Unser Augenmerk liegt daher jetzt auf der Erarbeitung operativer Maßnahmen zur Umsetzung der neuen Normen und in der Aufklärungsarbeit für unsere Mitglieder.“

### Projekt ZUGFeRD

Die Digitalisierung in Wirtschaft und Verwaltung kann nur dann erfolgreich voranschreiten, wenn alle Beteiligten ins Boot geholt werden können. Deshalb unterstützt der IT-Dienstleister ein weiteres Projekt: ZUGFeRD. Ende Juni wurde vom Forum elektronische Rechnung Deutschland (FeRD) das sog. ZUGFeRD-Format 1.0 veröffentlicht, an dessen Entwicklung DATEV von Beginn an mitgewirkt hat. Mit der Einführung eines einheitlichen Standards für die elektronischen Rechnungen bekomme die eRechnung neuen Aufwind. Das Besondere an ZUGFeRD: „Er wird nicht nur den elektronischen Rechnungsaustausch deutlich vereinfachen, sondern der kooperative Entwicklungsprozess könnte ein Vorbild für ähnliche Projekte in Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Unternehmen werden“, erklärte Kempf.

Wie der Vorstandsvorsitzende abschließend bemerkte, beteilige sich Datev aktiv und gestalte an allen E-Government-Projekten, die für den steuerberatenden Berufsstand und deren meist mittelständische Mandanten von Bedeutung sind. Dies geschehe gemeinsam im engen Schulterschluss mit den berufsständischen Kammern und Verbänden, aber auch mit der Verwaltung.

Als IT-Dienstleister bedeute die

notwendige Umsetzung gesetzlicher Änderungen immer auch eine Gratwanderung, so Kempf. Viele Unternehmer empfänden den Umstellungszwang seitens der Bundesregierung als Belastung, weshalb Datev gefordert sei, das richtige Maß an Änderungen in ihren Programmen für ihre Anwender bereitzustellen und diese Programme trotzdem weiterzuentwickeln. Damit sollten neue Möglichkeiten, wie zum Beispiel im Bereich Cloud-Lösungen, genutzt werden.

Cloud Computing eröffne dem Mittelstand neue Möglichkeiten bei der IT-Unterstützung von Geschäftsprozessen und Datev biete auf diesem Feld seit Jahren verlässliche Lösungen an. Cloud-Lösungen böten eine gute Plattform, um Daten zu speichern, zu verarbeiten und auszutauschen. Nur so könne man jederzeit und möglichst in Echtzeit über Standorte und Unternehmensgrenzen hinweg ein digitales Abbild erhalten.

Hohe Sicherheitsstandards und Datenschutz gehören Kempf zufolge schon seit Gründung und somit seit fast 50 Jahren zum Kern der Arbeit bei Datev. Experten gehen davon aus, dass im Schnitt jeden Tag rund 300.000 neue Schadprogramme in Umlauf kommen. Die zunehmende digitale Vernetzung in kleinen und mittleren Unternehmen lässt dem Thema IT-Sicherheit auch für den Mittelstand eine immer größere Relevanz zukommen.

### IT-Sicherheit

Oftmals sind - neben Cyberkriminalität - unzureichende Kenntnisse der Mitarbeiter im Bereich IT-Sicherheit die größte Schwachstelle der Unternehmen. Eine erste Anlaufstelle bietet beispielweise DsiN (Deutschland sicher im Netz e.V.) als zentraler Ansprechpartner für Verbraucher und mittelständische Unternehmen rund um das Thema IT-Sicherheit. Um das Sicherheitsbewusstsein zu stärken, habe DsiN, „den wir tatkräftig und durch Know-how unterstützen“, vor kurzem einen Leitfaden mit Verhaltensregeln für Unternehmen veröffentlicht.

Prof. Kempf appellierte in diesem Zusammenhang an die Unternehmen, „das Thema IT-Sicherheit nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und ganzheitliche IT-Sicherheitskonzepte einzuführen“. **DK**

JU-Deutschlandtag in Inzell:

## Breitband für das ganze Land!

Beim diesjährigen Deutschlandtag der Jungen Union im bayerischen Inzell wurde die Inzeller Erklärung „Digitale Infrastruktur 2030: Breitband für ganz Deutschland“ verabschiedet. Damit setzt die Junge Union wichtige Akzente in der Netzpolitik.

„Der Anschluss an das schnelle Internet ist Voraussetzung für die Nutzung der vielen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chancen des Internets. So könnte in Deutschland durch die Erhöhung der Breitbandpenetration um 10 Prozent ein Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens um jährlich 0,9 bis 1,5 Prozentpunkte realisiert werden. Durch den Breitbandausbau zwischen den Jahren 2010 und 2020 könnten insgesamt fast 1 Million Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Verfügbarkeit von Breitbandinfrastrukturen ist zudem für 90 Prozent der Unternehmen wichtigster Faktor bei der Standortwahl“, heißt es eingangs.

### Starkes Gefälle

Bisher ist Deutschland mit 99,4 Prozent zwar fast flächendeckend mit einer Bandbreite von 2 Mbit/s ausgestattet. „Doch diese Bandbreite ist schon für heutige Anwendungen kaum und erst recht nicht für künftige internetbasierte Anwendungen ausreichend. Außerdem besteht ein starkes Stadt-Land-Gefälle“, moniert die JU. Während schon 80 Prozent der städtisch geprägten Gebiete mit einer Bandbreite von 50 Mbit/s versorgt sind, sind erst 41,2 Prozent der halbstädtisch und erst 15,7 Prozent der ländlichen Regionen hiermit versorgt. Doch gerade auch in ländlichen Gebieten sei für die mittelständisch geprägte Wirtschaft, für den Tourismus, für schulische Anwendungen und vieles mehr eine Versorgung mit schnellem Internet unabdinglich.

Laut Digitaler Agenda der Bundesregierung sollen bis 2018 alle Haushalte über einen Internetanschluss mit einer Downloadgeschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s verfügen. Die Europäische Union will bis 2020 alle europäischen Haushalte mit mindestens 30 Mbit/s und 50 Prozent der Haushalte mit 100 Mbit/s ausstatten. Angesichts eines erwarteten exponentiellen Anstiegs des Breitbandverkehrs aufgrund der steigenden Nachfrage nach elektronischen Dienstleistungen hält die Junge Union Deutschlands diese Ziele jedoch nur für Etappenziele: „Wir brauchen ehrgeizigere Ziele für die Zeit nach 2018. Deshalb wollen wir langfristig eine möglichst flächendeckende Versorgung der Haushalte mit Glasfaseranschlüssen (FTTB/H) verwirklichen.“

### Glasfaser im Visier

Mit Glasfaser sei im Gegensatz zu allen anderen Technologien eine nahezu unbegrenzte Bandbreite verfügbar. Außerdem seien Glasfasernetze auch unter Wettbewerbsstrukturen zu bewirtschaften. Trotz der zunächst höheren Kosten wolle man auf diese Zukunftstechnologie statt auf Übergangstechnologien setzen, um langfristig auch im Wettbewerb mit den Nachbarländern bestehen zu können.

Die Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen besteht für die JU dabei vor allem darin, den Netzausbau sinnvoll und effektiv zu koordinieren, einen investitionsfreundlichen Regulierungsrahmen für einen marktgetriebenen Ausbau des Netzes zu setzen und dort, wo ein allein privat finanzierter Ausbau nicht lohnenswert ist, den Ausbau der Netze auch finanziell zu fördern.

Ebenso würden in allen Bundesländern Breitbandkompetenzzentren wie das Bayerische Breitbandzentrum in Amberg zur Beratung der Kommunen benötigt. Kommunale Breitbandbeauftragte könnten zudem einen unterstützenden Informations-, Organisations- und Kommunikationsrahmen zwischen der Verwaltung, den beteiligten TK-Unternehmen sowie den Kunden herstellen, der zur Förderung und Beschleunigung marktgetriebener wettbewerblcher Lösungen beiträgt. Die Landeskompetenzzentren könnten zudem dafür sorgen, dass zum Beispiel durch die Bildung von Breitbandzweckverbänden Förderregionen so zugeschnitten werden, dass ein Rosinenpicken von Telekommunikationsunternehmen nicht möglich ist.

### Für breiten Wettbewerb

„Wir brauchen auch künftig einen Wettbewerb unterschiedlicher Infrastruktur- und Dienstleistungsanbieter“, fordert die Junge Union. „So wollen wir zum Beispiel bei der Glasfaserinfrastruktur eine Open-Access-Regulierung, die einen breiten Wettbewerb ermöglicht. Monopolartige Strukturen bei den Breitbandnetzen darf es nicht geben.“

Auch sollen Breitbandnetze und Rechenzentren in der Standortpolitik künftig das gleiche Gewicht haben wie traditionelle Industriezweige. Historische Ungleichbehandlungen im Baurecht, Steuerrecht oder Energie-recht gegenüber dem produzierenden Gewerbe sollten abgeschafft werden.

Um auch im Mobilfunkbereich zügig mehr Bandbreite zur Verfügung stellen zu können, setzt sich die JU Deutschlands für eine schnelle Nutzung der „Digitalen Dividende II“ ein. Hierzu sollte die Umstellung von DVB-T auf DVB-T2 schnell erfolgen, damit zügig 700 MHz-Frequenzen für mobiles Breitband freigegeben werden können.

### Instrumentenmix

Um die Wirtschaftlichkeitslücke beim Breitbandausbau in manchen Regionen zu schließen, sei auch eine Förderung durch den Bund vonnöten. „Wir setzen hier auf einen Instrumentenmix aus Förder- und Bürger-schaftsprogrammen sowie gezielten und begrenzten Steuer-vergünstigungen zum Beispiel für Hausanschlüsse an das Breitbandnetz. Für die Finanzierung sollen die Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen aus der Digitalen Dividende dienen. Außerdem schlagen wir eine (teilweise) Veräußerung von Aktien der Deutschen Telekom AG vor, die sich noch in Bundesbesitz befinden.“

Der Bund hält derzeit noch direkt und indirekt über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) knapp 32 Prozent der Aktien der Telekom. Ein Verkauf der Aktien ist nach Auffassung der JU ordnungspolitisch geboten, „kann es doch nicht Aufgabe des deutschen Staates sein, mit der Telekom, die heute ca. 50 Prozent ihres Geschäfts im Ausland tätigt, Telekommunikationsinfrastruktur im Ausland zu finanzieren. Außerdem würde der Verkauf Erlöse in Milliardenhöhe für die Förderung des Breitbandausbaus in Deutschland generieren.“ **DK**

Auf der Jahrespressekonferenz stellte Vorstandsvorsitzender Prof. Dieter Kempf (3. v. r.) die Ergebnisse 2013 und die aktuellen Halbjahreszahlen 2014 vor.

anstieg resultiert aus der durchgängig regen Nachfrage in nahezu allen Produktgruppen. Bereits heute trauen wir uns für das Gesamtjahr 2014 wieder eine sehr positive Erfolgsprognose zu“, betonte der Vorstandsvorsitzende.

Laut Kempf „werden wir uns gerade als IT-Dienstleister trotz der überaus positiven Geschäftsentwicklung nicht ausruhen. Wir stellen uns den Herausforderungen, die sich durch die fortschreitende Digitalisierung und im Bereich E-Government ergeben. Um effizientere Abläufe, insbesondere in mittelständischen Unternehmen und beim Datenaustausch mit Behörden, zu schaffen, benötigen wir integrierte Lösungen und medienbruchfreie Prozesse.“

### E-Bilanz

Anfang des Jahres sei die Übergangsfrist für die Einführung der E-Bilanz ausgelaufen. Datev-Anwender hätten dennoch bereits im vergangenen Jahr 24.000 Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2012 auf freiwilliger Basis elektronisch an die Finanzverwaltung übermittelt. Im ersten Halbjahr 2014 wurden bereits über 90.000 Jahresabschlüsse über das Datev-Rechenzentrum erstellt und versandt. Für den Juni 2014 ergebe sich ein beachtlicher Durchschnittswert von ca. 2.400 Übermittlungen pro Tag, so Kempf.

„Im Rahmen der schrittweisen Einführung müssen mit der sogenannten Stufe 2 der E-Bilanz Personengesellschaften in 2016 erstmals in strukturierter Form Kapitalkontenentwicklungen sowie Sonder- und Ergänzungsbilanzen für das Jahr 2015 übermitteln“, führte Kempf weiter aus. Diese neue Anforderung wirke sich bereits auf die Finanzbuchführung im kommenden Jahr aus. Die Datev unterstütze ihre Mitglieder und deren Mandaten mit Informationen, Beratung und passenden technischen Lösungen.

Das Jahr 2014 ist für die Datev auch aus folgendem Grund ein erfreuliches Jahr: „Genau vor 20

Jahren für alle Finanzämter in Bayern freigegeben und gleichzeitig die Rückübertragung von Bescheidendaten für die Einkommensteuererklärung ermöglicht worden. 1997 wurde dieses Verfahren auch für die Daten zur Umsatzsteuer und Gewerbesteuer freigegeben. Diese von Datev entwickelte EDÜ (Elektronische Datenübermittlung) jährt sich 2014 zum 20. Mal. Seit der ersten EDÜ der Steuerklärungsdaten sei viel passiert: Im Jahr 2013 wurden über das Datev-Rechenzentrum über 21,4 Millionen Datensätze an die Finanzbehörden übermittelt.

Einiges getan hat sich auch beim Thema GoBD (Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff), wie Kempf bemerkte. Das Bundesfinanzministerium habe Mitte April 2014 den zuletzt beteiligten Wirtschaftsverbänden den jüngsten, voraussichtlich finalen Entwurf der GoBD übermittelt. Dadurch würden die GoBD mangels Übergangsregelungen unmittelbar Geltung erlangen.

Trotz gegenteiliger Absichtserklärungen des Bundesfinanzministeriums bringe der aktuelle GoBD-Entwurf allerdings zahlreiche Verschärfungen mit sich. Deren Auswirkungen machten umfangreiche Anpassungen und Änderungen beim Buchführungs- bzw. Steuerpflichtigen, seinem steuerlichen Berater und den eingesetzten IT-Systemen erforderlich - zum Beispiel werde die Unveränderbarkeit, Historisierung und Aufbewahrung von Stamm- und Finanzbuchführungsdaten klargestellt.

Die DATEV habe sich in Form von praxisnahen Verbesserungsvorschlägen und konstruktiver Kritik in die Überarbeitung mit eingebracht, stellte der Vorstand fest. „Es konnten ein paar wenige Zugeständnisse der Finanzverwaltung in den vergangenen Gesprächen und Verhandlungsrunden erreicht werden, wie der Wegfall der Kontierung auf dem

## Pilotversuch soziale Netzwerke

Münchner Polizei setzt jetzt auf Facebook und Twitter

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat gemeinsam mit dem Münchner Polizeipräsidenten Hubertus Andrä einen einjährigen Pilotversuch zur Nutzung sozialer Netzwerke im Internet vorgestellt. Das Polizeipräsidium München hat dazu die bayernweit erste offizielle Polizei-Fanpage bei Facebook (<https://www.facebook.com/ppmuenchen>) und den bayernweit ersten offiziellen Polizei-Twitter-Account (<https://twitter.com/PPMuenchen>) eingerichtet.

Dadurch erhofft sich die Münchner Polizei gerade bei Großveranstaltungen eine höhere Reichweite der einsatzbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit, besonders auch bei jüngeren Bevölkerungsschichten. Pünktlich zum Start des Oktoberfests 2014 steht damit ein weiterer Informationsservice der Münchner Polizei zur Verfügung.

### Enger Kontakt

„Bei unserer Polizeiarbeit legen wir sehr großen Wert auf einen engen und vertrauensvollen Kontakt zu unseren Bürgerinnen und Bürgern“, erklärte dazu der Innenminister. „Deshalb wollen wir jetzt auch in den sozialen Netzwerken im Internet präsent sein.“

### Professioneller Auftritt

Der Auftritt der Münchner Polizei auf Facebook und Twitter sei professionell, modern und vor allem zielgruppenorientiert gestaltet, so Herrmann. Neben aktuellen Informationen zu sicherheitsrelevanten Ereignissen gibt es vor allem wertvolle Hinweise zur Prävention. „Das können unter anderem Warnhinweise zu Alkohol und Drogen im Straßenverkehr sein oder auch Tipps zum Schutz vor Ta-

schendieben“, ergänzte der Innenminister. „Dabei berücksichtigen wir auch die Empfehlungen des Bayerischen Datenschutzbefugten.“ Beispielsweise sind alle Informationen auf Facebook und Twitter auch auf den klassischen Internetseiten der Münchner Polizei abrufbar.

### Klare Vorteile

Besondere Vorteile sozialer Netzwerke sieht der Innenminister gerade bei Großveranstaltungen wie zum Oktoberfest, beim G7-Gipfel 2015 und bei großen Fußballspielen: „Wir können in Sekundenschnelle online auf polizeiliche Maßnahmen hinweisen und diese transparent machen.“ Zudem könne die Münchner Polizei nun auch etwaige Falschmeldungen in sozialen Netzwerken umgehend richtigstellen. „Das kann gerade bei einer aufgeheizten Stimmungslage zur Entspannung beitragen.“

Nach den Worten Herrmanns werden die in der einjährigen Erprobung gewonnenen Erfahrungen genau ausgewertet: „Wenn sich die virtuelle Präsenz der Münchner Polizei auf Facebook und Twitter bewährt, werden wir eine weitere Nutzung dieser Plattformen prüfen.“ ☐

## Sicher in der Wolke

Deutscher Gründerpreis für Augsburg Software-Unternehmen

Das Augsburg Software-Unternehmen „Secomba“ ist in der Kategorie Start-up mit dem Deutschen Gründerpreis ausgezeichnet worden. Das vor vier Jahren gegründete Unternehmen ist Marktführer im Bereich der Cloud-Sicherheit. Mit der von Robert Freudenreich und Andrea Pfundmeier entwickelten Software können Kunden Daten auf ihren eigenen Computern oder Smartphones verschlüsseln und dann sicher im Netz abspeichern.

An private User haben die beiden jungen Augsburger ihr Produkt zunächst kostenlos herausgegeben, an Geschäftskunden dann gegen Bezahlung. Bereits in der ersten Woche wurde die Software über tausend Mal aus dem Internet heruntergeladen.

Heute funktioniert Boxcryptor auf allen Plattformen wie Mac, Windows oder Blackberry sowie bei über 20 Cloudanbietern. Das ist weltweit einzigartig. Außerdem ist die Software extrem leicht zu bedienen, was vor allem Privatanwender und kleine Unternehmen überzeugt. Die einfache Basisvariante ist gratis. Geld verdienen die Gründer an der Premiumversion, die schon mehr als 20.000 Nutzer bezahlen.

„Diese Fokussierung auf kleine Kunden und das kostenlose Basisangebot sind genau die richtige Strategie, um sich auf dem schwierigen Markt durchzusetzen“, lobte die hochkarätig besetzte Auswahljury des Deutschen Gründerpreises. Dazu kam eine Prise Glück: Immer neue Sicherheitslücken bei den großen amerikanischen Anbietern und die NSA-Affäre schreckten viele Menschen auf, Boxcryptor wurde „Secomba“ zeitweilig aus den Händen gerissen.

Rund die Hälfte der Nutzer kommt aus Deutschland, der Rest aus anderen Ländern, interessanterweise sehr viele aus den USA. „Deutschland hat einen sehr guten Ruf beim Datenschutz. Als unabhängiges deutsches Software-Unternehmen haben wir echte Vorteile“, betont Robert Freudenreich. So sah es auch die Auswahljury des Deutschen Gründerpreises: „Alternativen zu den großen Softwareanbietern haben derzeit gute Marktchancen. Secomba bietet das richtige Produkt zur richtigen Zeit.“ DK

Landrat Leo Schrell:

## Breitbandförderrichtlinie ist zielführend

Als zielführend bezeichnet Landrat Leo Schrell die von der EU-Kommission im Juli genehmigte Breitbandförderrichtlinie. Vor allem begrüßt Schrell im Interesse der Gemeinden, dass die nunmehr gültige Richtlinie gegenüber der ursprünglich angedachten Fassung ein deutlich strafferes und einfacheres Verfahren und zum Teil deutlich höhere Fördersätze vorsehe.

„Damit ist ein wichtiger Schritt zu einer langfristig flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet getan“, freut sich der Landrat, der bereits im Dezember 2010 für den gesamten Landkreis eine gemeinsam mit den Gemeinden in Auftrag gegebene Planungs- und Machbarkeitsstudie vorlegen konnte. Diese war seither für viele Gemeinden im Landkreis eine gute Grundlage, unter Inanspruchnahme des Bayerischen Breitbandförderprogramms 2008 bis 2011 die Breitbandversorgung spürbar zu verbessern.

### Quantensprünge

Rund 2 Mio. Euro Förderung sind im Rahmen dieses Programms in den Landkreis geflossen. Dafür haben die Gemeinden rund 5 Mio. Euro investiert.

„Für zahlreiche Gemeinden konnten dabei mit einer Versorgungsrate von bis zu 50 Mbit/s Quantensprünge erreicht werden“, freut sich Schrell für die Menschen, die davon profitieren.

Dennoch gebe es im Landkreis noch Gebiete, in denen die Übertragungsraten weit hinter dem auch von der Bundesregierung an-



Leo Schrell. ☐

gestrebten Standard von 50 Mbit/s zum Teil deutlich zurückbleiben. Mit dem neuen Förderprogramm kann Abhilfe geschaffen werden. Das Programm ist mit einer Gesamtsumme von 1,5

## Halbzeit für Glasfaser-Erschließung in Essenbach

Umsetzung des Leuchtturmprojekts voll in Zeitplan

Die Realisierung des Glasfaser-Ausbauprojekts des Telefon- und Internetanbieters M-net in der Marktgemeinde Essenbach geht mit großen Schritten voran. Kürzlich ist der 1.350igste Haushalt ans Netz gegangen.

Damit verfügt nun die Hälfte aller Haushalte über einen Highspeed-Internetzugang mit Bandbreiten von bis zu 100 Mbit/s. Das Breitband-Projekt gilt als Leuchtturmprojekt für den ländlichen Raum in Deutschland. Denn mit dem direkten Anschluss der Gebäude (FTTB/H – Fiber to the Building/Home) an das hochmoderne Glasfasernetz verfügt die Kommune künftig flächendeckend über eine Infrastruktur, wie sie bisher fast ausschließlich im urbanen Raum, wie beispielsweise in weiten Teilen Münchens, verfügbar ist.

### Expliziter Bedarf

Das Bürgerinteresse an einem Breitbandausbau in der niederbayerischen Marktgemeinde ist mit der Aufnahme erster Gespräche zwischen Kommune und M-net außerordentlich groß. Über 40 Prozent der Haushalte in Essenbach hatten vor der Projektrealisierung mittels eines Vertrages ihren expliziten Bedarf an einem Glasfaser-Hausanschluss zum Ausdruck gebracht. Mit Beginn der Projektumsetzung ist die Zahl der Immobilieneigentümer, die mit einem direkten Glasfaser-Hausanschluss ausgestattet werden wollen, weiter auf 58 Prozent gestiegen.

Dem Breitband-Projekt in Essenbach wird über die Landkreisgrenzen hinweg eine hohe Aufmerksamkeit zu Teil, da die Ausbauparallelen grundsätzlich als die zukunftsfähigste überhaupt gilt. Entgegen anderer Breitbandausbauparallelen – ob mobil über LTE oder kabelgebunden auf Basis von Koax-/Kupferleitungen – ist die

Mrd. Euro ausgestattet. Die Förderhöchstsumme liegt pro Maßnahme bei maximal einer Million Euro bei einem Fördersatz zwischen 60 und maximal 90 Prozent. Die Höhe des Fördersatzes hängt von der Struktur der Gemeinden ab.

### Daseinsvorsorge

„Eine bedarfsgerechte Breitbandversorgung zählt zwischenzeitlich wie die Trinkwasser- und Stromversorgung zur Daseinsvorsorge“, begründet der Landrat die Notwendigkeit einer zielführenden Breitbandförderung. Nur so sei es möglich, den ländlichen Raum auch für junge Menschen attraktiv und damit zukunftsfähig zu gestalten.

Die neue Richtlinie mit Erläuterungen steht unter [www.schnelles-internet.bayern.de](http://www.schnelles-internet.bayern.de) sowie unter [www.landkreis-dillingen.de](http://www.landkreis-dillingen.de) unter der Rubrik Wirtschaft & Energie zum Download bereit. ☐

Verlegung der Glasfaser bis ins Gebäude sozusagen das Non-plus-ultra, da über dieses Übertragungsmedium keinerlei Geschwindigkeitsverluste bei der Datenübertragung auftreten. Somit werden auch künftige Generationen, wenn Internetgeschwindigkeiten von mehreren hundert Mbit/s Standard sein werden, von diesem Infrastrukturprojekt profitieren. Hierfür sind auf einer Länge von 140 Kilometer Tiefbau Glasfaserkabel verlegt worden. Sie verbinden sternförmig die einzelnen Ortsteile bzw. deren Immobilien mit der neu errichteten Technikzentrale.

### Voll im Zeitplan

„Wir liegen voll im Zeitplan. Die Resonanz seitens der Hauseigentümer ist enorm positiv“, erklärt Peter Reisinger, Leiter des Bereichs Expansion bei M-net. „Nachdem die Tiefbauarbeiten unseres Kooperationspartners KME, dem Kommunalunternehmen des Marktes Essenbach, zügig und ohne Zwischenfälle umgesetzt worden sind, kommen wir mit dem Aufbau und der Implementierung der technischen Komponenten sehr gut voran. Heute feiern wir mit der Inbetriebnahme des 1.350igsten Glasfaser-Hausanschlusses sozusagen das Bergfest. Wir sind sehr stolz über den Projektfortschritt und optimistisch, dass wir die zweite Hälfte ähnlich reibungslos werden umsetzen können.“

„Von der Realisierung dieses Glasfaserprojekts wird unsere Marktgemeinde nicht nur heute sondern über die nächsten Jahrzehnte hinweg profitieren“, erklärt Dieter Neubauer, 1. Bürgermeister von Essenbach. „Die vielen persönlich an mich heran getragenen, positiven Rückmeldungen seitens der Bürgerinnen und Bürger, die bereits über einen neuen Glasfaser-Internetanschluss verfügen, bestätigen, dass mit diesem Projekt die Lebens- und Standortqualität unserer Marktgemeinde auf eine neue Stufe gehoben wird.“

Die Projektumsetzung erfolgt im Rahmen einer gleichberechtigten Partnerschaft von M-net und KME. Das gemeindliche Kommunalunternehmen errichtet hierbei die passive Netzinfrastruktur und vermietet diese an M-net. M-net implementiert die aktive Technik, übernimmt Wartung und Service des Netzes sowie die Bereitstellung der Telefon-, Internet- und (HD)TV-Dienste.

Die Investitionskosten für das neue Breitbandnetz liegen im niedrigen zweistelligen Millionenbereich. ☐

Breitbandausbau in Deutschland:

## Maßnahmenpaket der Fraktionen von CDU/CSU und SPD

Kommunen: Abwasser- und Fernwärmenetze sind für Breitbandausbau ungeeignet

Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD haben einen Beschlussantrag zum Breitbandausbau in Deutschland in den Bundestag eingebracht. Der Antrag fordert unter anderem die Verlegung von Breitbandkabeln in Fernwärme- und Abwassernetzen. Dazu erklären der Sprecher der AG Digitale Agenda der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Jarzombek, und der zuständige Berichterstatter Andreas Nick: „Das Internet eröffnet eine Vielzahl von Chancen für Gesellschaft und Wirtschaft. Der schnelle Zugang zum Internet ist deshalb eine elementare Voraussetzung für die umfassende Teilhabe an den Chancen der digitalen Gesellschaft und der digitalen Wirtschaft.“

Wie Jarzombek und Nick weiter ausführen, sei der flächendeckende Breitbandausbau mit 50 Megabit pro Sekunde bis 2018 ein richtiges und wichtiges Etappenziel – aber eben nur ein Etappenziel auf einem Weg, der weiterführen müsse, um die „digitale Spaltung“ in Deutschland zu überwinden. „Dazu müssen wir jetzt auf einen breiten Technologie-Mix von (V)DSL, Glasfaser, Kabelnetze, Satellit und Mobilfunk setzen. Ein ausgewogener Technologiemix hält zudem die Möglichkeit offen, an künftigen Innovationen umfassend teilzuhaben.“

Und weiter: „Wir brauchen nicht nur den Wettbewerb der Technologien, sondern auch den Wettbewerb unterschiedlicher Infrastruktur- und Dienstleistungsanbieter. Es wäre ein gewaltiger Irrweg zu glauben, mit einer weitgehenden Re-Monopolisierung – ob verdeckt oder offen – wäre der Netzausbau durch die großen nationalen Anbieter effektiver zu erreichen. Festzuhalten bleibt: Der Breitbandausbau ist mehr als nur Selbstzweck. Er ist essentiell für eine weitere wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes und einen starken Innovationsstandort Deutschland.“

„Schnelles Internet für alle sichert gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten und wirtschaftliche Chancen. Mit dem vorgelegten Bundestagsantrag wollen wir die notwendigen politischen Entscheidungen für den Breitbandausbau forcieren. Der Antrag trägt eine sozialdemokratische Handschrift und nimmt die Festlegungen des Koalitionsvertrags auf. Wir wollen, dass bis 2018 in ganz Deutschland mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung stehen. Hierfür sollen die verschiedenen Technologi-

en in optimaler Kombination genutzt werden (Glasfaser, DSL, Kabel, Mobilfunk etc.), so die Sprecherin für Verkehr und digitale Infrastruktur, Kirsten Lühmann.

Angesichts eines Ausbaustands von knapp 60 Prozent Ende 2013 sind die Ziele im Koalitionsvertrag äußerst hoch gesteckt. Diese können wir nur mit einer Weiterentwicklung der bisherigen Breitbandstrategie erreichen. Hierzu schlagen die Koalitionsfraktionen zahlreiche konkrete Maßnahmen vor, die vor allem darauf abzielen, zusätzliche Investitionsanreize zu setzen und Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen.

### Fünf Säulen

Unser Maßnahmenpaket umfasst fünf Säulen: Zum einen gilt es, den Rahmen für eine innovativen- und investitionsfreundliche Regulierung mit Wettbewerbsorientierung zu schaffen. Außerdem müssen Synergieeffekte bei Ausbauprojekten optimal genutzt werden, so dass Kosten gesenkt werden. Auch die Potenziale von Funkfrequenzen für den Breitbandausbau müssen konsequent und zeitnah genutzt werden. Zudem bedarf es einer effizienten und stärkeren finanziellen Förderung für unterversorgte Gebiete. Und schließlich muss eine bessere Abstimmung und Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen erreicht werden.

Mit unserem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, zügig mit den Ländern einen nationalen Konsens zum Breitbandausbau anzustreben, insbesondere zur abgestimmten Ausgestaltung von Förderprogrammen und zur weiteren Frequenzplanung. Nach Umstellung des terrestrischen Rundfunkstandards auf DVB-T2 kön-

nen frei werdende Frequenzen für den mobilen Breitbandausbau genutzt werden. Hierbei werden wir darauf achten, dass auch die Interessen anderer Bedarfsträger gewahrt werden. Das sind beispielsweise Kultureinrichtungen, die drahtlose Mikrofone nutzen, oder auch Polizei und Feuerwehr.

Wir freuen uns, dass die Bundeskanzlerin angekündigt hat, die durch Frequenzvergaben im Bereich der „Digitalen Dividende II“ eingenommenen Gelder für den Breitbandausbau, also für Förderprogramme, nutzen zu wollen. Zudem können sich mögliche Haushaltsspielräume auch aus der Vergabe anderer Frequenzbereiche im nächsten Jahr ergeben.“

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sieht dabei kritisch, dass der Antrag auch einen Zugangszwang zu den Abwassernetzen, Kanalisationssystemen und den Fernwärmenetzen fordert und von der uneingeschränkten Nutzungsmöglichkeit der Abwasser- und der Fernwärmenetze für den Breitbandausbau ausgeht.

„Beim Breitbandausbau muss der Gesundheitsschutz der Bevölkerung oberste Priorität haben. Die neue EU-Richtlinie zum Breitbandausbau hatte zum Schutz des Eigentumsrechtes von Kommunen und Infrastrukturbetreibern einen Zugangszwang abgelehnt. Die Europäische Union hat hierzu Kriterien wie beispielsweise Sicherheit und Gesundheit festgelegt, mit denen zum Schutz anderer Dienstleistungen wie der Abwasserentsorgung eine Verweigerung des Zugangs möglich ist. Diese europäischen Vorgaben dürfen aus Sicht des BDEW nicht unterlaufen werden“, sagte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser.

Außerdem ergeben sich laut BDEW bei der Verlegung von Kabeln in Abwasserleitungen technisch-chemische Probleme. Chemische Reaktionsprozesse an den Kabeln wären unvermeidbar: Durch die Abwasserinhaltsstoffe können Korrosionen oder andere Defekte an den Kabeln auftreten, die letztlich den störungslosen Breitband-Betrieb verhindern können. Schäden sind auch durch notwendige Reinigungsarbeiten nicht ausgeschlossen.

Bei der Abwasserableitung gerade in dünn besiedelten Gebieten können feste Rückstände in den Netzen verbleiben, die technisch beispielsweise mit hohem Wasserdruck und Molchen entfernt werden müssen, um den Ablauf der Abwässer zu gewährleisten. Das ständig anfallende Abwasser muss jederzeit auch im Interesse des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung sicher entsorgt werden können. Der Zufluss des Abwassers von den Häusern erfolgt permanent, eine Unterbrechung birgt hohe gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung.

„Daher sind Abwassernetze für die Verlegung von Kabeln grundsätzlich nicht geeignet“, sagte Weyand. Bei einer Mitnutzung der Netze für Breitbandkabel müsste auch wegen Kabelarbeiten die Nutzung der Abwasserkanäle unterbrochen werden. Es seien keine Umleitungen oder Sammelbecken in Häusern vorhanden, die das Abwasser bei Unterbrechungen aufnehmen könnten.

Der Beschlussantrag geht auch davon aus, dass Fernwärmenetze für den Breitbandausbau geeignet sind. Aus BDEW-Sicht ist dies jedoch nicht der Fall: Fernwärme gelangt in Form von Heizwasser oder Dampf vom Erzeugungsstandort zum Abnehmer, wobei Heiz-

wasser eindeutig dominiert. So wird in etwa 97 Prozent der Fernwärmenetze Heizwasser als Wärmeträger genutzt, lediglich in drei Prozent der Leitungsrohre kommt Dampf zum Einsatz. Die eingesetzten Wärmeträgermedien weisen verschiedene physikalische sowie chemische Eigenschaften auf. Neben Druck und Temperatur betrifft dies auch die chemische Zusammensetzung und den Aggregatzustand. So können verschiedenartige netztechnische Restriktionen wie etwa die Fließrichtung, der Druck oder die Temperatur des Wärmeträgermediums unterschiedlichen und gleichzeitig schädigenden Einfluss auf elektronische Komponenten haben. Auch die Fernwärmenetze sind daher ungeeignet für die Verlegung von Breitbandkabeln.

Der BDEW fordert daher, sowohl Abwasser- als auch Fernwärmenetze von den geplanten Regelungen zum Breitbandausbau auszuschließen. Erfreulich ist aus BDEW-Sicht, dass im Beschlussantrag der Koalitionsfraktionen analog zur Entscheidung auf europäischer Ebene eine Kabelverlegung in Trinkwasserleitungen explizit nicht vorgesehen ist.

### Kommunale Unternehmen investieren in Breitband

Angesicht der Debatte im Deutschen Bundestag macht der VKU als Spitzenverband der kommunalen Wirtschaft deutlich, dass die kommunalen Unternehmen eine wichtige Rolle bei der Breitbandversorgung spielen können. „Alleine bis 2011 wurde in 10.000 Kilometer Glasfasernetze investiert“, so VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck. Die kommunalen Unternehmen stehen dabei zu ihrer Verantwortung im Rahmen der Daseinsvorsorge und im Lichte des Koalitionsvertrages. Reck: „Es ist gut, dass sich die Regierungsfractionen mit dem heutigen Antrag der Breitbandversorgung in Deutschland annehmen.“

„Gerade im ländlichen Raum ist ein Ausbau der Breitbandversorgung in einem absehbaren Zeitraum ohne kommunale Ver- und Entsorgungsunternehmen nicht denkbar“, so Reck weiter. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) macht dabei aber auch deutlich, dass die Rahmenbedingungen auch so sein müssen, dass kommunale Unternehmen investieren können.

Die Mitnutzung bestehender Infrastrukturen kann dabei in einzelnen Fällen zu einer Kosteneinsparung führen ebenso wie die Mitverlegung bei anderen geplanten Baumaßnahmen. Diese Maßnahmen dürfen jedoch nur freiwillig sein. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Mitnutzung von kommunalen Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen bei der Verlegung von Glasfaserkabeln lehnt der VKU ab. Derartige Verpflichtungen würden tief in die Eigentumsrechte der Netzbetreiber eingreifen und den eigentlichen Widmungszweck des Netzes unterlaufen. Auch würde ein unmittelbarer Zugriff von Telekommunikationsbetreibern auf physischen Infrastrukturen eines Netzbetreibers die ungeteilte Verantwortung der Funktionsfähigkeit der Infrastruktur infrage stellen.

Insbesondere der verpflichtende Einsatz von Material in Rohre, die für die Beseitigung von Abwasser verwendet werden, stellt ein potenzielles Risiko für den technischen Betrieb dar und wirkt sich auf die Sicherheit und Integrität der Netzwerke aus, die für solche Mitnutzungen nicht geeignet sind.

Aus VKU-Sicht ist es zielführender, Tiefbaumaßnahmen auf kommunaler Ebene im Hinblick auf den Breitbandbau zu koordinieren, beispielsweise durch die Mitverlegung von Leerrohren bei Revisionsarbeiten.

Quelle: europaticker

## Handys im Schulranzen?

Tipps für einen verantwortlichen Umgang

Zum Beginn des neuen Schuljahres erklärt das Informationszentrum Mobilfunk (IZMF), welche Regeln Kinder bei der Nutzung von Mobiltelefonen kennen und beachten sollten.

Schon bei Kindern im Grundschulalter sind Mobilfunkgeräte weit verbreitet. Jedes dritte Kind im Alter von 8 bis 9 Jahren besitzt ein Handy, bei den 10- bis 11-Jährigen sind es bereits zwei Drittel (66 Prozent). Das zeigt die aktuelle KIM-Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest, die regelmäßig den Umgang jüngerer Kinder mit Medien, Computer und Internet untersucht.

Wer sein Kind mit einem Handy ausstattet, um es auf dem Schulweg unkompliziert erreichen zu können, sollte das Alter des Kindes beachten. Medienpädagogen zufolge eignet sich ein herkömmliches Mobiltelefon für Kinder ab 9 Jahren; ein Smartphone sollten sie frühestens ab 12 Jahren nutzen. Erst dann sind sie nach den Erkenntnissen der Fachleute mit den komplexen Funktionen der Geräte ausreichend vertraut. Dennoch sollten Eltern zu Beginn der Smartphone-Nutzung einige Gerätefunktionen deaktivieren, um Risiken einzuschränken, die mit der Handynutzung einhergehen. „Mit der Sperrung von Internetzugang und Bluetooth-Schnittstelle kann man finanziellen Über-raschungen, Handy-Abzocke, Datenklau und Cybermobbing zumindest vorbeugen“, so Dagmar Wiebusch, Geschäftsführerin des Informationszentrums Mobilfunk (IZMF).

Um Kinder und Jugendliche fit für einen verantwortlichen Umgang mit dem Handy zu machen, sollten sie zunächst für die entstehenden Kosten sensibilisiert werden. Dazu können Eltern und Kinder gemeinsam Mobilfunktarife sichten und die Gebühren für eine SMS oder eine Gesprächsminute ermitteln. Zur Wahl stehen Laufzeittarife und Prepaidkarten, die unterschiedliche Möglichkeiten der Kosten- und Nutzenkontrolle für die Eltern eröffnen.

Zum verantwortungsbewussten Umgang mit dem Mobiltelefon gehört auch, feste Regeln für die Nutzung zu vereinbaren – zum Beispiel Zeiten, in denen das Gerät

Sendepause hat: In der Schule, während der Hausaufgaben, beim Essen, bei Familienaktivitäten und nachts sollte das Handy ausgeschaltet werden. In den meisten deutschen Schulen ist die Handynutzung auf dem Schulgelände eindeutig geregelt. Eltern sollten sich über die gültigen Vorschriften informieren und diese mit ihren Kindern besprechen.

Von Anfang an sollten Heranwachsende über eine nachhaltige Handynutzung aufgeklärt werden, denn Produktion, Nutzung und Entsorgung eines Mobiltelefons verbrauchen Ressourcen und belasten die Umwelt. „Befragungen zeigen, dass gerade junge Leute die Geräte sehr schnell wechseln. Da brauchen wir einen Einstellungswandel“, fordert Wiebusch.

Elternhaus und Schule sollten dazu beitragen, dass eine umweltschonende Handynutzung üblich wird. Dazu zählen der schonende Umgang und die möglichst lange Nutzung der Geräte genauso wie das Verschenken von noch funktionsfähigen gebrauchten Handys.

Wird ein Mobiltelefon aussortiert, muss es fach- und umweltgerecht entsorgt werden. Man kann es bei Netzbetreibern und Herstellern, kommunalen Sammelstellen oder im Rahmen von Sammelaaktionen abgeben. So werden kaputte Althandys in eine Recyclinganlage gegeben und funktionsfähige Geräte für die Weiterverwendung aufbereitet. Durch Recycling werden Metalle wie Kupfer, Palladium, Silber, Gold oder Platin zurückgewonnen, die für die Herstellung anderer Produkte wiederverwendet werden können.

Einblicke bietet der Animationsfilm „Handyrecycling – unsichtbare Schätze im Mobiltelefon“, der für den Einsatz im Unterricht geeignet ist. Der Film, den das IZMF in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH produziert hat, erläutert anschaulich, welche Rohstoffe im Handy stecken und warum alte Mobiltelefone wiederverwertet werden sollten.

## Immobilienkauf hängt von gutem Handy-Empfang ab

Briten legen auf Schulen und Verkehrsanbindung dagegen kaum Wert

London/Wien (pte010/01.08.2014/11:30) - Ein guter Handy-Empfang ist für fast jeden zweiten 18- bis 35-jährigen Briten der wichtigste Faktor beim Kauf eines neuen Eigenheimes. Potenzielle Hausbesitzer entscheiden sich zunehmend für Objekte mit hervorragender Mobilfunk-Netzabdeckung, wie RootMetrics <http://rootmetrics.com> ermittelt hat. In Österreich spielt der Handy-Empfang eine eher untergeordnete Rolle. „Einige Kunden schrecken vor Handy-Masten zurück, da sie Angst vor negativer Strahlung haben“, erklärt Immobilienreuhändler Christian Rinder von MCR-Immobilien (<http://mcr.co.at>) im presstext-Interview.

„Das Überprüfen des Handy-Signals sollte eine Routine-Aktion bei jeder Wohnungsbesichtigung werden“, so Immobilienmakler David Cox. 49 Prozent der befragten Briten würden die Kaufentscheidung eines Objektes sogar überdenken, wenn die Mobilfunkversorgung schlecht wäre. Nicht erreichbar zu sein, ist zwar auch für Österreicher ein Ärgernis, aber dennoch kein Grund, sich gegen eine Wohnung zu entscheiden. „Gerade in Wien ist das Handy-Signal kein ausschlaggebender Faktor bei der Wohnungssuche“, meint Rinder.

Neben der entscheidenden Größe des Handy-Signals wurden laut RootMetrics eine niedrige Kriminalitätsrate (21 Prozent), eine gute Verkehrsanbindung (18 Prozent) und gute Schulen (17

Prozent) als wichtig bei der Kaufentscheidung erachtet. „Eine gute Verkehrs- und U-Bahn-Anbindung sowie spezielle Kriterien bei der Ausstattung, wie Helligkeit, sanierte Räume und eine gute Raumaufteilung, sind in der Großstadt die entscheidenden Faktoren“, so der Immobilienreuhändler.

RootMetrics bietet eine kostenlose App für jeden Wohnungssuchenden, der Wert auf guten Handy-Empfang legt. Mit der Anwendung kann der Nutzer das Handy-Signal an jedem noch so abgelegenen Ort testen. Das Ergebnis unterstützt den potenziellen Käufer in seiner Kaufentscheidung. „Ein sehr schwaches Handy-Signal kann einen negativen Einfluss auf den Wert der Immobilie haben“, meint Rinder.

# Deggendorf ist „Kommune des Jahres“

Als besonders wirtschaftsfreundliche Gemeinde ist die Stadt Deggendorf von der Oskar-Patzelt-Stiftung geehrt worden. Die bundesweite Initiative für den Mittelstand verlieh Deggendorf den Titel „Kommune des Jahres“. Patzelts Leitspruch „Vor die Therapie stellen die Götter die Diagnose“ ist der Grundgedanke für die Auszeichnung von Unternehmen und Kommunen.

„Wir sind stets bestrebt, eine sehr schnelle und effiziente Verwaltung zu sein. Mein Dank gilt deshalb den Bürgerinnen und Bürgern wie auch den Unternehmen der Stadt, aber auch meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die Verwaltung auf eine Art leben, die eine Auszeichnung als ‚Kommune des Jahres‘ ermöglicht, betonte Oberbürgermeister Dr. Christian Moser.

Deggendorf – ein starker Standort. Daran konnte auch das Jahrhunderthochwasser 2013 nichts ändern. Rund ein Fünftel der Stadtfläche war betroffen. 1.499 Menschen mussten evakuiert werden, 184 Unternehmen ihren Betrieb einstellen. Rund 150 Häuser mussten oder müssen noch abgerissen und neu aufgebaut werden.

Positiv und hoch geschätzt waren die Solidarität und Unterstützung, die Deggendorf aus dem gesamten Bundesgebiet und teilweise sogar aus dem Ausland erfahren hat. Zahlreiche Helfer, darunter auch rund 4.000 Studierenden, packten mit an, um die Stadt von den Überresten der Flut zu befreien und sie wieder aufzubauen.

## Starkes Wachstum

Als beeindruckend wertete die Jury zudem das starke Wachstum der Hochschule Deggendorf. Fünf Eckpfeiler belegten dieses Wachstum besonders deutlich: So wurde der Deggendorfer Hochschule als einer von nur vier bayerischen Hochschulen im Frühjahr 2013 der Titel

„Technische Hochschule“ verliehen, was eine besondere Auszeichnung und ein Qualitätsmerkmal darstellt und somit ein Gewinn für die ganze Region ist.

Neben zahlreichen neuen Studiengängen konnten darüber hinaus die beiden Technologie-Campi in Mariakirchen (Gesundheit) und Weißenburg (Kunststoff) errichtet werden. Besonders sichtbar wird das Wachstum durch die Neubauten und die damit erfolgte Vergrößerung des Campus in Deggendorf, der der zunehmenden Anzahl an Studierenden Rechnung trägt. Um dem Fachkräftemangel der Zukunft entgegen zu wirken, wird in der großen Schulstadt Deggendorf derzeit das Projekt Talent Pool aufgebaut.

Um der Entwicklung hin zu einem Dienstleistungsstandort Rechnung zu tragen, gibt es in Deggendorf bereits jetzt als Standort für innovative Unternehmen die beiden ITC. Das ITC 2 befindet sich direkt gegenüber der

Technischen Hochschule und steht im Kontakt zu dieser Einrichtung der Bildung und Forschung.

Entstehen soll auch ein neues Stadtviertel: Die Bogen. Unter dem Motto W4 – Wissenschaft, Wirtschaft, Wohnen und Wohlfühlen – entwickelt sich ein innovatives, auf die Bedürfnisse der Zukunft ausgerichtetes Quartier mit vielseitiger Nutzung, das gleichzeitig die Verbindung zwischen Donau und historischer Innenstadt darstellt.

## Landesgartenschau

Ein weiterer Grund für die Auszeichnung als „Kommune des Jahres“ ist die Landesgartenschau 2014 unter dem Motto „Brückenschlag Donau – Ufer verbinden, Grenzen überwinden“. Dieses Großereignis für die ganze Region zeigt, welches Potential in Deggendorf steckt. Über 700.000 Gäste strömten für diesen Event bereits in die Donaustadt.

Neben diesem neu geschaffenen Grünbereich mitten in der Innenstadt sind laut Jury auch die Nähe zum Bayerischen Wald und die vielfältigen Sportmöglichkeiten wie weitläufige Wanderwege, einer der höchstgelegenen Golfplätze Bayerns sowie Fahrradwege entlang von Isar und Donau ein großer weicher Standortvorteil. Die Höhenlagen sind ideal für alle Ansprüche an passende Loipen im Winter.

Auch kulturelle Veranstaltungen werden in Deggendorf vielfach durchgeführt. Zudem wird auf die gute Wohnqualität, die zentrale Lage und die hervorragende Betreuungssituation für Kinder verwiesen. **DK**

## 900 Jahre Miesbach:

# Gelebte Tradition

„Apud Muosbach“ - zu Miesbach also - trafen sich am 5. September 1114 Bischof Heinrich von Freising und Abt Aribio von Tegernsee, um den seit längerer Zeit schon bestehenden Streit um Steuern und Grundbesitz beizulegen. Dieses Ereignis gilt als erste Erwähnung Miesbachs.

Seitdem ist die Miesbacher Geschichte an Vielfältigkeit wie an Gegensätzlichkeit kaum zu überbieten: Zuerst die Freisinger Lehenhoheit, dann die Eigenherrschaft der Waldecker und der Grafen von Maxlrain; die Wirren der Reformation, dann die mächtig aufblühende Wallfahrt; ein jahrhundertlang dahin dämmernder Markt mit bäuerlichem Umland, dann die in kurzer Zeit hereinbrechende Industrialisierung mit Bergwerk, Eisenbahn und Elektrizität. Dies sind nur einige Schlaglichter aus 900 Jahren gelebter Tradition. Gefeierte wird das Jubiläumsjahr mit zahlreichen Höhepunkten und überraschenden Schmankerln.

## Goldenes Buch

Bei Stadt und Landkreis Miesbach herrschte zum Beispiel große Freude, als Bundespräsident Joachim Gauck und seine Lebensgefährtin Daniela Schadt im Rahmen des Patronatstages im Mai auch Zeit fanden, sich in die Goldenen Bücher einzutragen. Die Zeremonie fand im festlich geschmückten Foyer des Rathauses statt. Bürgermeisterin Ingrid Pongratz brachte ihre große Freude über den hohen Besuch zum Ausdruck und stellte mit launigen

Worten die wechselvolle Geschichte Miesbachs kurz vor.

„Wir wollen unser Miesbach erleben“, lautet die Devise im Jubiläumsjahr. Gelegenheiten dazu bekommen die Bürger mehr als genug. In einen Reigen aus traditionellen Veranstaltungen, die seit Jahren ein fester Bestandteil des Kulturprogramms der Kreisstadt sind, fügen sich viele außergewöhnliche Jubiläumstermine ein.

## Jugendkulturwoche

Hierzu zählen zunächst Ende September der Wandertag „Miesbach: einfach wunderbar wanderbar“ sowie die Jugendkulturwoche des Kreisjugendrings „De Dog - Kultur deiner Zeit“. Im Oktober folgen die „MuNaMi: Musikknacht Miesbach“ auf verschiedenen Bühnen in der ganzen Stadt und die Ausstellung „Muosbach: Burg - Markt - Stadt“ im Waitzinger Keller ehe im November das Theaterstück „So kannt's kemma - Miesbach in 100 Jahren“ von Miesbacher Schülern sowie Lesungen und Musik zum Thema „Miesbach - Ort der Migration“ im Evangelischen Gemeindehaus die Feierlichkeiten abschließen werden. **DK**

## Zum 60. Geburtstag von Bürgermeister Josef Loy:

# Lebensqualität verbessern

„Mich interessiert Politik, weil ich im kommunalen Bereich gestalten und mit aktiver Bürgerbeteiligung die Zukunft meiner Gemeinde entwickeln kann“, erklärt Josef Loy, Erster Bürgermeister von Eresing (Landkreis Landsberg am Lech) und Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Windach. Auch nach 30 Jahren als Bürgermeister hat Loy immer noch Freude daran und will weitermachen, „solange man etwas vorwärtsbringt“. Im Beisein von Familie, Freunden und politischen Weggefährten feierte der geschätzte Kommunalpolitiker am 14. September seinen 60. Geburtstag.

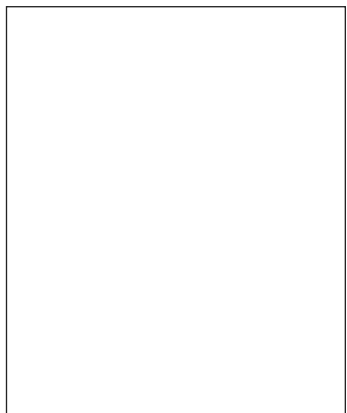
Als Josef Loy 1984 zum Bürgermeister der Gemeinde Eresing gewählt wurde, war er in dieser Kommunalwahl mit 29 Jahren jüngster Gemeindeführer. Durch sein tatkräftiges und unermüdetes Engagement hat er maßgeblichen Anteil an der positiven Entwicklung der Gemeinde. Dabei legte Josef Loy stets großen Wert auf ein lebendiges Miteinander in der Dorfgemeinschaft.

Nachdrücklich hat er sich dafür eingesetzt, die Lebensqualität der Eresinger Bevölkerung zu verbessern. Hierfür wurden insbesondere Vorhaben zur Erneuerung und zum Ausbau der gesamten gemeindlichen Infrastruktur auf den Weg gebracht, ein Dorfgemeinschaftshaus eingerichtet und neue Baugebiete ausgewiesen. Neuen Entwicklungen aufgeschlossen gezeigt hat sich Loy bereits vor 20 Jahren mit der Investition in ein Holzhackschnitzelheizwerk mit Nahwärmeversorgung im Gewerbegebiet.

2013 läutete das Gemeindeoberhaupt gemeinsam mit Johannes Stepperger, Geschäftsführer von LEW TelNet, und Christian Smetana, Leiter der M-net Niederlassung Augsburg, das neue Internet-Zeitalter offiziell ein. Seitdem stehen den Haushalten und Gewerbetreibenden in Eresing Internetanschlüsse mit einer Bandbreite von bis zu 50 Mbit/s zur Verfügung. Die Inbetriebnahme des neuen Breitbandnetzes ist Loy zufolge für die Gemeinde ein wichtiger Schritt in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. „Mit dem neuen Breitbandnetz verfügen wir in Eresing nun über eine zukunftssichere Infrastruktur.“ Loys Wunsch für die Zukunft ist, dass sich Eresing entwickelt und nicht auf einem Istzustand verharrt.

Die Bürgerinteressen vertritt der Jubilar, der auch Mitglied der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU ist, seit 24 Jahren zudem sachkundig in verschiedenen Ausschüssen auf Kreise-

bene. Sechs Jahre lang hat er als Stellvertreter des Landrats besondere Verantwortung übernommen. Für den Landkreis



Josef Loy. ©

Landsberg hat er die schnelle Umsetzung der am Klinikum Landsberg geplanten Kinder- und Jugendpsychiatrie mit gerontopsychiatrischem Zentrum auf der Agenda ganz oben angesiedelt. Doch auch die Ausstattung des Agrarbildungszentrums mit modernen Lehrmitteln ist für

Josef Loy eine dringliche Aufgabe: „Wir müssen diese Ausbildungseinrichtung auf dem modernsten Stand halten.“

Seit 2003 ist Loy auch Mitglied des Bezirkstags von Oberbayern. Als Fraktionsvorsitzender ist er maßgeblich an den Entscheidungen des Bezirks beteiligt. Er vertritt den Bezirk Oberbayern im Hauptausschuss und in der Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags.

Mehrmals bereits hat der engagierte Kommunalpolitiker bei der „Aktion Rollentausch“ mitgemacht. Für ihn als Mitglied im Fachausschuss für Psychiatrie und Neurologie sowie im Sozial- und Gesundheitsausschuss ist der Kontakt zur Basis wichtig. Bei der „Aktion Rollentausch“ bieten soziale Einrichtungen politischen Mandatsträgern die Möglichkeit, aktiv mit betroffenen Menschen zusammenzuarbeiten und vor Ort miteinander ins Gespräch zu kommen.

Mit seinem Bruder betreibt der gelernte Bauingenieur in Eresing ein Baugeschäft. Ohne die Familie wären Beruf und ehrenamtliches Bürgermeisteramt nicht zu machen, meint Loy. Für seine besonderen Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung wurde der Jubilar im Juli dieses Jahres von Innenminister Joachim Herrmann mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet. **DK**

# Burgwindheim und Altendorf werden Kulturgemeinde

**Schenke Kultur. Erlebe den Moment**  
**Der Verein Kultürla bringt die Kultur auf eine Plattform**  
**Das Kulturförderprojekt Kultürla-Karte wächst in der Region. Die Initiative des Vereines Kultürla unterstützt seit verganginem Jahr die Kulturangebote in der Stadt Bamberg und im Landkreis Bamberg. Die teilnehmenden Gemeinden, bisher Butteneim, Gundelsheim, Hallstadt und Hirschaid sowie die Stadt Bamberg sind bereits aktiv integriert.**

Sie listen ihre Kulturangebote, die zugleich die Kultürla-Karte als Zahlungsmittel akzeptieren. Die Kultürla-Karte dient als Geschenkgutschein und hat einen Wert von 10 Euro, erhältlich ist die Karte in den VR Bank-Filialen, in den Rathäusern, im Landratsamt Bamberg und weiteren Verkaufsstellen.

Altendorf und Burgwindheim

sind die jüngsten Mitgliedsgemeinden, die sowohl ihre Kulturschaffenden über das Projekt unterstützen und sich als Kulturkommune im Landkreis präsentieren wollen.

Mehr Informationen und eine Liste aller Akzeptanz- und Verkaufsstellen ist im Internet zu finden: www.kultuerla-karte.de. ©

**Das wichtige Thema Datenschutz hat eine große Anzahl von Interessierten zur Eröffnung der Ausstellung „Vom Eid des Hippokrates bis zu Edward Snowden – eine kleine Reise durch 2.500 Jahre Datenschutz“ ins Würzburger Rathaus gezogen. Für jeden einzelnen Besucher dürfte sich dies auch mehr als gelohnt haben. Denn anschaulich und aufrüttelnd machte jeder der drei Redner auf die Chancen aber auch Risiken der digitalen Revolution aufmerksam.**

Bürgermeister Dr. Adolf Bauer wies in seiner Begrüßung auf das Grundrecht zum Schutz unserer persönlichen Daten hin. „In einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat müssen der Ausprägung und Überwachung des Bürgers wirksame Grenzen gesetzt werden“, forderte er. „Datenschutz hat Verfassungsrang.“

„Heute wird ins Netz gestellt, was früher höchstens dem Tagebuch anvertraut wurde“. Mit diesen Worten erinnerte Landtagspräsidentin Barbara Stamm daran, dass wir alle viel zu viele Daten über uns selbst preisgeben. „Das Internet hat unser Leben radikal verändert und Privatsphäre öffentlich gemacht. Im Hintergrund werden riesige Datensammlungen über uns angelegt. Dagegen sind effektive Datenschutzregeln nötig und wir alle haben eine große pädagogische Aufgabe, unseren Kindern ein höheres Verantwortungsbewusstsein nahe zu bringen.“

„Heute wird ins Netz gestellt, was früher höchstens dem Tagebuch anvertraut wurde“. Mit diesen Worten erinnerte Landtagspräsidentin Barbara Stamm daran, dass wir alle viel zu viele Daten über uns selbst preisgeben. „Das Internet hat unser Leben radikal verändert und Privatsphäre öffentlich gemacht. Im Hintergrund werden riesige Datensammlungen über uns angelegt. Dagegen sind effektive Datenschutzregeln nötig und wir alle haben eine große pädagogische Aufgabe, unseren Kindern ein höheres Verantwortungsbewusstsein nahe zu bringen.“ Sie dankte dem Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz, Dr. Thomas Petri, der mit seinen Mitarbeitern direkt am Bayerischen Landtag angedockt ist, für die Konzeption der Wanderausstellung. Dr. Petri zeigte auf, wie freizügig schon heute über unsere Daten verfügt wird und apel lierte: „Es ist unsere Aufgabe, angelegte Gefahren der Technikherrschaft in Schranken zu weisen.“

„Wussten Sie, dass Edward Snowden sein ausgeschaltetes Smartphone während seiner Gespräche mit den Medien in ein Tiefkühlfach gelegt hat? Weil er wusste, dass selbst weit entfernte Räume mit Hilfe der Smartphone-Technologie abgehört werden können, ohne dass ein Mitarbeiter eines Geheimdien-

stes sich am Telefon zu schaffen machte“, damit stieg Dr. Petri in seinen Vortrag ein. Eine andere Variante, sich vor Mithörern zu schützen sei, das Smartphone in Alufolie zu wickeln. Damit sind aber auch all die anderen smarten Dienstleistungen nicht mehr nutzbar... Die Gesellschaft befindet sich, so führte Dr. Petri aus, – aufgrund der Anforderungen, die die digitale Welt an den Schutz der persönlichen Daten stellt – im Umbruch. Die smarte Welt und die vernetzte Datenverarbeitung sind und werden allgegenwärtig. Sie erleichtern unser Leben, sorgen für wirtschaftlichen Wachstum und Effizienzsteigerung – aber „sie basieren auf der Erforschung jedes Einzelnen“, erklärte Petri.

Datenschutz bedeute die Erhaltung unserer Freiheit, fasste Dr. Adolf Bauer zusammen und Dr. Petri schloss sich an: „Wir müssen die Kernelemente der Privatsphäre erhalten. Jeder

Mensch besitzt zwei Pole, den öffentlichen und den privaten. Wir müssen unser wahres Ich in unserer Privatheit zeigen dürfen ohne das Fallbeil der gesellschaftlichen Diskriminierung.“

Das Thema als Anlass zu Diskussionen nahmen im Anschluss an die Eröffnung der Ausstellung: der Leitende Oberstaatsanwalt Dr. Dietrich Geuder, die Präsidentin des Sozialgerichts Dr. Irmgard Kellendorfer, der Kanzler der Universität Würzburg Dr. Uwe Klug, MdB Paul Lehrieder, zahlreiche Datenschutzbeauftragte von Unversität, Polizei, der Stadt Kitzingen, des Landratsamtes.

Die Wanderausstellung zeigt auf, vor welchen Herausforderungen wir stehen und welche Möglichkeiten sich ergeben. Konzipiert wurde sie vom Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz. In Würzburg umgesetzt wird sie auch von der Dienststelle Zentrale Steuerung und der daran angegliederten städtischen Datenschutzbeauftragten, Helga Richter.

Mehr Informationen auch auf der Homepage des Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz: <https://www.datenschutz-bayern.de/nav/0505.html> ©

Ein wichtiges Thema wird in einer Ausstellung im Würzburger Rathaus behandelt: Datenschutz. Bei der Ausstellungseröffnung v. l.: Bürgermeister Dr. Adolf Bauer, Landtagspräsidentin Barbara Stamm, der Landesbeauftragte für Datenschutz Dr. Thomas Petri und MdB Paul Lehrieder. Bild: Penning-Lothar





Interkultureller Integrationsbericht:

# „München lebt Vielfalt“

Die Landeshauptstadt München hat den mittlerweile zweiten interkulturellen Integrationsbericht (2013) vorgelegt. Der Bericht beleuchtet neben den statistischen Grundlagen einschließlich des Münchner Integrationsbarometers auch die verschiedenen Handlungsfelder städtischer Politiken wie die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe, Bildung und Weiterbildung sowie Ausbildung und Arbeitsmarkt. Der Report informiert damit sowohl über die Lage der Menschen mit Migrationshintergrund in München, er belegt aber auch, wo Integration in München gut gelingt und wo noch Defizite vorhanden sind.

München wächst. Die Bevölkerung hat seit 2009 von 1,38 Millionen auf 1,44 Millionen Menschen zugenommen. Der Zuwachs erfolgte durch eine positive Geburtenrate und durch verstärkte Zuwanderung aus dem In- und Ausland. 2011 und 2012 sind je knapp 22.000 Ausländerinnen und Ausländer zugewandert. Eine überwiegende Mehrheit von ihnen kam aus Ländern der Europäischen Union. Dies hat viele positive Effekte. Doch nicht alle, die mit der Absicht, für sich und ihre Familien eine gute Zukunft in Deutschland aufzubauen, nach München kommen, können auf dem Arbeitsmarkt und dem heiß umkämpften Wohnungsmarkt Fuß fassen.

„Wohl“ bis „sehr wohl“ fühlen sich knapp 90% der Münchnerinnen und Münchner mit und ohne Migrationshintergrund mit dem

interkulturellen Klima in der Stadt. Die Bürgerbefragung des Direktoriums nahm dazu erstmals für den Interkulturellen Integrationsbericht 2013 entsprechende Fragen auf. Integrationspolitik und interkulturelle Öffnung in München erzielen damit nicht nur bundesweit hohe Anerkennung, sondern werden auch von der Bevölkerung anerkannt.

**Interkulturelle Öffnung**

Wie ein Blick auf das Handlungsfeld Interkulturelle Öffnung zeigt, hat sich der Anteil der ausländischen Beschäftigten der Landeshauptstadt München über die Jahre nur minimal von 9,8% 2006 auf 10,3% im Jahr 2012 verändert. Vor allem in den höheren Qualifikationsebenen und in Führungspositionen ist ihr Anteil mit jeweils um die

2% nach wie vor gering. Erstmals konnte über eine Befragung („Great place to work“) auch der Migrationshintergrund der Beschäftigten erhoben werden. Da sich an der Befragung nur 44% der Belegschaft beteiligt haben, müssen die Ergebnisse mit Vorsicht interpretiert werden. Den Ergebnissen zufolge sind 7,5% der Befragten Deutsche mit Migrationshintergrund.

**Großer Handlungsbedarf**

Bildung und Weiterbildung bleiben nach wie vor die Bereiche, in denen der größte Handlungsbedarf besteht. Frühkindliche Bildung und Erziehung können ungünstige Startbedingungen ausgleichen und sozialer, ethnischer und struktureller Benachteiligung entgegenwirken. Die gute Nachricht ist, dass die Versorgung der 3- bis 6-jährigen Kinder zufriedenstellend ist. Für alle Kinder liegt die Versorgungsquote bei nahezu 90%.

Aktuell haben annähernd 49% der 3- bis 6-Jährigen in den Kitas einen Migrationshintergrund. Bei den unter Dreijährigen besteht nach wie vor Handlungsbedarf. Während 39% der 0- bis 3-Jährigen einen Betreuungsplatz haben, trifft dies nur auf 32,4% der Kinder mit Migrationshintergrund zu, obwohl deren Anteil in diesem Bevölkerungssegment bei 53% liegt. Die Stadt München strebt eine Versorgungsquote von

60% für alle Kinder in dieser Altersgruppe an. Auffällig ist weiterhin, dass fast doppelt so viele ausländische Kinder spä-

ter eingeschult werden wie deutsche Kinder (14,3% zu 6,7%). Fehlende Sprachkompetenz im Deutschen könnte hierfür ein Grund sein.

Eine erfreuliche Entwicklung ist bei den Übertrittsquoten ins Gymnasium zu konstatieren. Immer mehr ausländische Kinder schaffen in München den Sprung. Gelang dies 2007 erst 26%, konnten 2011 bereits 32% auf ein Gymnasium wechseln. Allerdings kann noch nicht von einer Angleichung die Rede sein; von den deutschen Kindern gelingt dies über 60%.

Überproportional sind ausländische Schülerinnen und Schüler auch in den Förderschulen bzw. Sonderpädagogischen Förderzentren, deren Förderschwerpunkt Lernen und Sprache ist, vertreten. Von den 2.847 Schülerinnen und Schülern an den staatlichen Förderschulen, deren Sachaufwand von der Stadt München getragen wird, hatten 47,8% eine ausländische Staatsangehörigkeit. Bei den Sonderpädagogischen Förderzentren liegt der Anteil ausländischer Kinder noch höher – bei 53,5%.

**Schulabschlüsse**

Eine Entwicklung in die richtige Richtung gibt es bei den Schulabschlüssen. Die Zahl der ausländischen Jugendlichen, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen, sank in den letzten Jahren kontinuierlich. Verließen im Schuljahr 2002/03 noch fast 20% aller ausländischen Absolventinnen und Absolventen die Schule ohne Abschluss, so ging der Anteil im Schuljahr 2009/10 auf 12,6% zurück.

Die beeindruckendsten Entwicklungen im Berichtszeitraum spielten sich auf dem Arbeitsmarkt ab. Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer, die nach München kommen, finden einen aufnahmebereiten Ar-

beitsmarkt vor, mit den niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit über 10 Jahren. Die Arbeitslosenquote lag Ende 2012 mit 4,9% um zwei Prozentpunkte unter der bundesdeutschen Quote. In München sind mit 8,7% die Ausländerinnen und Ausländer weit weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als die 14,3% im Bundesdurchschnitt. Allerdings sind sowohl in Deutschland als auch in München die Arbeitslosenquoten von Ausländern etwa doppelt so hoch wie die der Deutschen. Auffällig ist ein starker Zuwachs von ausländischen Arbeitskräften in den unteren Lohnsegmenten. Eigene Migrationserfahrung erhöht dabei das Risiko, arbeitslos zu werden.

**Berufsfindung und Ausbildung**

Die intensiven Anstrengungen aller Akteure im Bereich von Berufsfindung und Ausbildung zeigen langsam Fortschritte. Der Anteil der ausländischen Jugendlichen an allen Auszubildenden im dualen System betrug im Schuljahr 2011/12 15%; das sind 2% mehr als drei

Jahre zuvor. Der Anteil derer, die direkt in die Arbeitslosigkeit gehen, ist gegenüber dem Schuljahr 2008/09 von 52% auf 40% gesunken, dafür hat sich ihr Anteil am Berufsvorbereitungsjahr auf ca. 40% verdoppelt. Insgesamt haben es diese Jugendlichen nach wie vor schwerer, einen Ausbildungsplatz zu bekommen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Das ist auch ein Resultat niedrigerer Schulabschlüsse.

**Sprachförderung**

Fakt ist: Sprachförderung kann nicht früh genug anfangen. Die Anzahl der Kinder, die einen „Vorkurs Deutsch“ besucht haben, ist von 2.373 Kindern 2007/08 um erfreuliche 30 Prozentpunkte auf 3.510 Kinder im Kindergartenjahr 2012/13 gestiegen. 90% der Kinder, die in einem solchen Kurs gefördert worden waren, konnten regulär eingeschult werden. Integrationskurse sind nach wie vor die Grundvoraussetzung, um aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen. Sie werden immer noch stark nachgefragt.

DK

**Vorschau auf GZ 19**

In unserer Ausgabe Nr. 19, die am 9. Oktober 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Umweltschutz · Abfall · Recycling
- Kommunale Energiethemen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge · Grünanlagen
- Bestattungswesen · Friedhof

LIEFERANTEN - **GZ** - NACHWEIS

**Abfallbehälter**

Beck GmbH & Co. KG · Telefon 07195/693-300  
www.stadtmobel.de

**Absperrpfosten**

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

**Ankauf / Briefmarken**

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:  
www.twitter.com/gz\_aktuell  
www.facebook.com/GZaktuell

**Fahrradabstellanlagen**

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

**Friedhofsausstattung**

**Friedhofssysteme**

www.paul-wolff.com  
PAUL WOLFF

**Gebäudedienstleistungen**

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort: 86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

**Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:**

Constanze von Hassel

Telefon 081 71.9307-13

hassel.constanze@gemeindezeitung.de

**Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:**

Theresa von Hassel

Telefon 081 71.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

**Gewerbekbau**

Laumer Bautechnik GmbH  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

**Kommunale Energieberatung**

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

**Multifunktionale Wärmerückgewinnung**

GSWT®-Technologie

**Multifunktionale Wärme-/Kälterückgewinnung für alle Lüftungsanlagen**

hocheffizient + auf Jahrzehnte rentabel

geeignet für:  
- Neubauten  
- Nachrüstungen  
- Sanierungen im Bestand  
- Direktbezug möglich

Fordern Sie unsere Werksberatung an:  
Tel.: 02152/9156-0  
www.sew-kempen.de

**Schacht-Ausrüstungen**

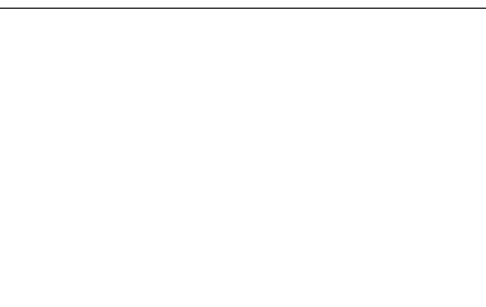
**Wartehallen/Außenmöblierungen**

Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

6. Nov. 2014

**2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM** Loisachhalle Wolfratshausen  
der Bayerischen Gemeindezeitung  
www.bayerisches-breitbandforum.de

**Weihnachtsbeleuchtung**



**Inserieren bringt Erfolg!**  
www.gemeindezeitung.de